

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: Vierteljährlich 3.00 RM, monatlich 1.00 RM, wöchentlich 30 Pf. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 30 Pf. ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 21. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Frontverlegung im Westen.

Räumungsgefechte im Westen — Neue Kämpfe links der Maas — Luftkämpfe — Neuer Kampftag zwischen Ohrida- und Prespa-See nördlich Monastir.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 20. März 1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In dem feindlichen Besetzung preisgegebenen Gebiet zu beiden Seiten der Somme und Duse verliefen mehrere Gefechte von Infanterie- und Kavallerie-Abteilungen ...

Im Hjern-Bogen holten unsere Erkunder 12 Engländer aus ihrer Stellung.

Zwischen Lens und Arras war zeitweilig der Artilleriekampf lebhaft. Auf dem linken Maas-Ufer richteten die Franzosen nachmittags und nachts heftige Angriffe gegen die von uns am 18. 3. gewonnenen Stellungen ...

In Luftkämpfen wurden 13, durch Abwehrgeschütze zwei feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

In einigen Abschnitten regerte Gefechtsintensität als in den Vortagen. Von Streifen an der Verecina nach am Stochob brachten unsere Aufklärungsabteilungen 25 Russen gefangen ein.

Mazedonische Front.

Der nun seit 9 Tagen währende Kampf zwischen Ohrida- und Prespa-See sowie auf den Höhen nördlich des Bedeus von

Monastir hat auch gestern den Franzosen keinen Erfolg gebracht. Ihre Sturmtruppen brachen in breiter Front gegen unsere Stellungen sowohl in der Seen-Enge wie im Norden von Monastir vor ...

Unsere und die verbündeten Truppen haben sich sehr gut gehalten.

Nördlich des Dojran-Sees wurden mehrere englische Kompagnien durch Artilleriefeuer zerstreut.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 20. März, Abends.

Im Westen bei Regen einige Gefechte im Gebiet beiderseits der Duse, im Osten bei Zanwetler keine besonderen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, 20. März 1917. (W. Z. S.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In den Westkarpaten, nördlich von Zuz und am Stochob erfolgreiche Vorstoßunternehmungen. Somit nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Plaimstaler Front bedeutend gesteigerte, sonst nur gewöhnliche Artillerietätigkeit. Triest war neuerdings das Ziel feindlicher Fliegerbomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Tapolana an der Soiusa rieben unsere Aufklärungsabteilungen eine feindliche Bande auf. Ostlich des Ohrida-Sees wurden neuerlich starke französische Angriffe abgeschlagen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Oester, Feldmarschallleutnant.

Die demokratische Welle.

Fürst Bülow hat einmal in einer seiner Kanzlerreden gesagt, die Regierungen Europas würden schon deshalb einen Weltkrieg zu vermeiden suchen, weil die eigentliche Siegerin in ihm die Sozialdemokratie sein würde ...

Was auf diesem Gebiete binnen wenigen Tagen in Rußland geschah, ist so groß, daß alles andere dagegen winzig erscheint. Auch der Regierungswechsel in Frankreich, doch auch er ist ein Symptom ...

Bei uns? Das ist vorläufig noch ein dunkles Kapitel, über das des Sängers Höflichkeit am liebsten schwiege. Immerhin, es regt sich unter der Oberfläche, und wir demokratisieren uns einstuweilen auf dem ungefährlichen Boden der Theorie ...

Die „Post“ kennt man aus Friedenszeiten als ultra-revolutionäres Scharfmacherisches Blatt. Dort schreibt aber jetzt der freikonservative Abgeordnete, Landrat a. D. v. Dewig mit scharfer Spitze gegen das preussische Herrenhaus das Folgende:

„Wohl... ist die politische Richtung, die durch die opponierenden Redner des Herrenhauses mit Erfolg zum Ausdruck kam, ein schwerer Schlag für die Beurteilung konservativer Anschauungen in der öffentlichen Meinung ...“

Herr v. Dewig hat von revolutionären Bewegungen immer noch eine recht landrüblich enge Vorstellung. Wir haben diesen Begriff immer anders aufgefaßt, und wir sehen darum schon ein Stück revolutionärer Bewegung darin, wenn ein alter konservativer Landrat sich genötigt sieht, die Stärke einer „demokratischen Welle“ anzuerkennen ...“

„Die freikonservative Partei wird sicher einem Geist der Versteinerung starken Widerstand entgegenstellen.“

„Jedoch das zweckbewußten Mitgehens ist natürlich das rechtzeitige Bremsen. Solche Mitgängerchaften kennt man aus der Geschichte — aber man weiß aus ihr auch, daß allzu eifrige Bremsen schon oft unter die Räder gekommen sind ...“

„Nach ihrer Meinung haben die Hohenzollern schon viel zu viel gefogt, als Friedrich Wilhelm III. die Verfassung verbrach, Friedrich Wilhelm IV. sie beschwor, als Wilhelm I. das gleiche Wahlrecht im Reich guthieß und Wilhelm II die Wahlreform in Preußen als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart verkündigte ...“

Französisches Großkampfschiff versenkt.

Deutscher U-Boot-Erfolg im Mittelmeer.

Berlin, 20. März. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Morait, hat am 19. März im westlichen Mittelmeer ein durch Zerstörer gesichertes französisches Großkampfschiff der Danton-Klasse durch Torpedoschuß versenkt ...

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Danton-Klasse umfaßt 6 Linienchiffe, die 1900-1910 auf Stapel gelegt wurden (Voltaire, Diderot, Condorcet, Danton, Mirabeau, Vergniaud). Ihre Verdrängung beträgt 18.820 Tonnentrog dieser respektablen Größe können die Schiffe aber noch nicht voll zu den Dreadnoughts gezählt werden ...

Französisches Torpedoboot gegen französisches U-Boot.

Bern, 20. März. Mitte Februar d. J. hat ein französisches Torpedoboot in der Bucht von Marseille ein französisches U-Boot versenkt in der Annahme, es sei ein deutsches.

Der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat für sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.

Petersburg, 19. März. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur hat sich der Rat der Arbeiterabgeordneten für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit in

Petersburg ausgesprochen, die in Anbetracht des Ernstes der Lage, welche die durch die alte Regierung bereits erschütterten wirtschaftlichen Kräfte des Landes zu desorganisieren drohe, wünschenswert sei.

Nikolai Nikolajewitsch vom Oberbefehl enthoben.

London, 20. März. „Times“ meldet aus Petersburg: Die provisorische Regierung war gezwungen, der Stimmung der revolutionären Jugendstimmungen zu machen. Als der Zar abdankte, ernannte er den Großfürsten Nikolai zum Oberbefehlshaber ...

Mit der Beseitigung dieses Großfürsten ist ein gefährlicher Feind aller freiheitlichen Bestrebungen Rußlands vorderhand ausgeschaltet. Größte Bedeutung kann der Schritt freilich erst dann erlangen, wenn ihm weitere Maßnahmen entsprechender Art folgen ...

Die Achtstundenbewegung der amerikanischen Eisenbahner.

Washington, 19. März. (Reuter.) Das Oberbundesgericht hat die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes, welches den Eisenbahnern den Achtstundentag gewährte, bestätigt.

New York, 19. März. (Reuter.) Das Uebereinkommen, durch das der Eisenbahnerstreik verhindert wird, wurde heute früh von den Leitern der Bahnen und den Führern der Eisenbahnerverbände unterzeichnet ...

wären, denn die Hohenzollern hatten nichts zu „sagen“, sondern eben nur den vom Junkertum beherrschten Staat Preußen zu „repräsentieren“.

Das ist der alte Kampf um die Macht zwischen dem Volke und einer kleinen Minderheit, die die Monarchie rücksichtslos als Einseitigkeit in das Spiel wirft. Der Monarchie war verdammt wenig damit gedient, daß Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV. den Einflüsterungen der „Plattaristokraten“ und reaktionären Ultra-Gehör schenkten: der Glanz ihres Hauses und das Ansehen ihrer Personen in der Geschichte hat dabei wahrhaftig nichts gewonnen. Gewinner waren diejenigen, denen die Monarchie weiter nichts als Mittel zum Zweck war. Sie gebrauchten dieses Mittel, sie mißbrauchten es sogar, und 1848 waren sie nahe daran, es zu verwerfen!

Nest aber soll wieder der Thron als Damm vor die „Welle der Demokratie“ geschoben werden. Im Interesse des Thrones? Oder vielleicht doch nur im Interesse derer, die hinter ihm Schutz suchen?

Der Thronstieber in der „Deutschen Tageszeitung“ verabilt es dem Genossen Scheidemann sehr, daß er vorgestern hier im „Vorwärts“ im Zusammenhang mit der preussischen Wahlrechtsfrage auch der russischen Revolution gedacht hat. Ja, wäre es denn besser, man würde sich blind stellen? Glaubt man wirklich, daß solche Weltereignisse ohne Einfluß auf die Dinge bei uns zu Hause bleiben können? Niemand droht, bei uns könnte es etwa auch so gehen wie dort drüben, die Verhältnisse liegen gänzlich verschieden, und Rußland würde auch nach einer entscheidenden Niederlage Rußland bleiben, Deutschland aber wäre nach ihr so gut wie verloren. Aber sollte man wirklich denken, die demokratische Bewegung in Deutschland würde dadurch schwächer werden, daß sie sich — solange Gefahr von außen droht — in politisch reifer Selbstziplin zügel?

Wenn man ihr nicht schon während des Krieges durch demokratische Reformen, vor allem durch die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen Rechnung trägt, so ist das ein ungeheurer, ein verhängnisvoller Fehler, der sich früher oder später rächen muß. Das mit immer steigendem Nachdruck auszudrücken, halten wir für unsere Pflicht gegenüber einem Kanzler, der seine Aufgabe begreift, aber davor zurückschreckt, sie zu erfüllen. Er traut sich nicht, mit Gegnern fertig zu werden, denen ihr eigenes unbegrenztes Interesse stets einzige Richtlinie ihres Handelns war und denen auch ein Gardenberg die Unblamiertheit seines Ausganges verdankt, weil auch er alles verstand, nur nicht zur rechten Zeit zu handeln!

## Die Räumungsbewegung im Westen.

Paris, 18. März. Unser Kriegsberichterstatter Dr. Adolf Hüter schreibt: Auf Grund meines mehrtägigen persönlichen Aufenthaltes in der ausgegebenen Zone kann ich über die Freiwilligkeit des lange geplanten und intensiv vorbereiteten deutschen Rückzuges an dem westlichen Frontenzentrum folgendes berichten:

Die Tatsache, der Termin und der übrige Umfang des Rückzuges war und sowie einige neutralen Herren, die hier augenblicklich weilten, seit langem bekannt. Unsere persönliche Anwesenheit an verschiedenen Frontstellen hat und gezeigt, daß der Rückzug nirgends unter irgendwelchem feindlichen Druck geschah. Bei sämtlichen Rückzügen wurde in den letzten acht Tagen die gesamte schwere Artillerie, Pionierparks und Munitionsdepots ohne irgendwelche Störung zurückgeschafft. Im Gegenteil: die Engländer waren gerade in den kritischen Tagen so völlig ratlos, daß an einigen Stellen ihrer Front selbst ihr übliches Artilleriefeuer vollkommen schwiem. Das methodisch vorbereitete Besetzen unserer Absichten und Hauptstellungen geschah vor meinen Augen nördlich der Somme ebenfalls in völlig unbedingter Ruhe.

Der ausgegebene Geländebereich ist auf Grund militärischer Gesichtspunkte unschädlich gemacht; zum Teil schon seit Wochen, zum Teil durch die letzten Sprengkommandos von Radfahrern und Kavallerie. Alle Vegetationen sind in riesige Sprengtrichter verandelt, alle Bäume und Sträucher umgehauen, die Acker und Wälder aufgeschüttet, Kanalschleusen und Bahnhöfe gesprengt, alle erhabenen Gebäude rücksichtslos niedergebrennt, Brunnen verunreinigt. Weite Strecken der von mir durchwanderten ehemals lebendigen Zone sind zu einem idealen Schuttsfeld rasier worden, von dem wir jede kleinste Erhebung und Felle genau kennen. Die Dörfer dieser Gegend sind seit langem verödet und verwüstet. Alle Wehr- und Arbeitsfähigen sind ins Hinterland gebracht; Tausende von Weisen und Kindern sind mit Proviant für fünf Tage versehen und sind kurz vor dem Rückzug in den Kellern der ausgegebenen Städte und Dörfer, zum Teil in Unterhöhlen untergebracht. Sie befinden sich heute schon in den Händen ihrer Landleute.

Die große operative und moralisch befreiende Umgruppierung, deren Heuge wir heute waren, muß mit ihren, für das französische Land harten Folgen vom rein militärischen Gesichtspunkt gewürdigt werden. Der Gesamtschaden des Landes wiegt nichts im Vergleich zu den unerhörten blutigen Opfern, die dieser geniale Plan unserem Volk erpart haben wird. Sein restloses Gelingen hat an der ganzen Welt, besonders aber bei den endlich aus den Schlamm- löchern der Somme zurückgezogenen Verbänden das rücksichtslose Vertrauen zur Heeresleitung und die ruhige Zuversicht in die weitere Entwicklung mächtig gestärkt. Dr. Adolf Hüter.

Bern, 20. März. Siegemann bezeichnet im „Bund“ die von Hindenburg im Westen insgeheim vollzogene Umgruppierung als glänzend geglückt und sagt: Der am 17. März zur vollen Sichtbarkeit gediehene Entschluß Hindenburgs, den entscheidenden Zug im Endspiel zu tun, indem er die Armeen zurücknimmt, ist die Probe auf das Exempel, was die besseren Kräfte in diesem unberechenbaren, aber dennoch von geistigen Besessen bewegten Kriege. Im strategischen Sinne ist Hindenburgs Entschluß, zurückzugehen, eine erlösende Tat, denn diese deutsche Refonzentration stellt das alte Spiel auf dem alten Hauptbrett neu und damit zur Entscheidung frei.

Französischer Heeresbericht vom 18. März, nachmittags. Zwischen der Aisne und der Oise rüdten die französischen Truppen während der Nacht bedeutend vor. Das ganze Gelände, das zwischen den früheren Vintien und der Straße von Aisne nach Reims und von Damerz bis zur Höhe von Lagny erobert wurde, ist in ihrem Besitze. Einige ziemlich lebhaft Gefechte mit deutschen Nachhutabteilungen endeten zu Gunsten der Franzosen. Sie schädigten die Verfolgung in keiner Weise, diese dauerte nördlich der Straße von Reims fort. In der Gegend von Reims und nördlich von Seicheprez (Oise) Patrouillentreffen. Mehrere Angriffsbereitschaften gegen den Graben von Calonne kosteten den Deutschen Verluste, hatten aber keinen Erfolg für sie. Die Franzosen machten Gefangene. Somit überall ruhige Lage. — Abends: Von der Aisne zur Aisne bewerte der Vormarsch unserer Truppen auf einer Front von über sechzig Kilometer im Laufe des Tages an. Nördlich der Aisne rüdte unsere Kavallerie heute früh in Reims ein. Wir schidten sogleich unsere Patrouillen gegen die Somme vor und lieferten mehrere Gefechte gegen feindliche Nachhuten, die schwachen Widerstand leisteten. Die Einwohner von Reims begrüßten unsere Truppen mit Zurufen. Nördlich von Laiffagny haben wir zur gegenwärtigen Stunde unseren Vormarsch in einer Tiefe von über 20 Kilometer in der Richtung auf Ham durchgeführt. Weiter südlich besetzten unsere Ka-

vallerie und leichte Truppenabteilungen, die das Disfal entlang zogen, heute früh gegen 10 Uhr Reims. Zwischen Oise und Solifons sind die ganze erste deutsche Linie sowie die Dörfer Carlepoint, Morlain, Roudron, Singré in unsere Hände gekommen. Wir haben auf der Hochfläche nördlich von Solifons Fuß gefaßt und Crony in der Gegend von Reims besetzt. Einen Handstreich gegen La Pompelle wiesen wir leicht zurück.

Französischer Heeresbericht vom 19. März, nachmittags. Im Laufe der Nacht haben unsere leichten Abteilungen die enge Fühlung mit dem Feinde beibehalten und ihren Marsch ohne Anhalten fortgesetzt. Nördlich von Reims haben wir an verschiedenen Punkten die Bahnstrecke Ham — Reims erreicht. Nördlich von Reims besetzten wir Guisac. Wir trieben unsere Patrouillen an der Staatsstraße von St. Quentin entlang vor. Nördlich der Oise haben wir uns der zweiten deutschen Stellung bemächtigt. Die Zahl der Horden und Dörfer, die durch die Franzosen seit drei Tagen besetzt wurden, erreicht gegenwärtig 100. Viele Ortschaften wurden auf gebührende Weise vom Feinde zerstört und geplündert. Tausende von Einwohnern, welche die Deutschen nicht abtransportieren konnten, kamen unseren Soldaten entgegen. — Abends: Im Laufe des Tages rüdten unsere Truppen über Ham an der Somme und Chauny an der Oise hinaus vor. Wir hatten eine große Zahl Ortschaften zwischen diesen beiden Städten. Unsere Kavallerie, die weitesten Kilometer nördlich von Ham strahlenförmig vorging, erbeutete einen Transportzug, der sich in der Richtung auf St. Quentin zurückzog. Unser Vormarsch erreichte an dieser Stelle 35 Kilometer Tiefe. Südlich von Chauny erreichten unsere Abteilungen die allgemeine Linie Lotte — Solifons, die gänzlich freigemacht ist. Nördlich von Crony rüdten unsere Vorposten längs der Straße von Raubeuge vor. Im Laufe des Tages wurden etwa 20 neue Dörfer und Horden besetzt. Der Feind verunreinete vor seinem Rückzuge das Land. Obstbäume wurden gefällt oder herausgerissen, die Felder durch Winen gemüht, die weite Krater gebildet haben. Zahlreiche Dörfer sind völlig eingeebnet. Die Einwohner, die ohne Unterhalt und ohne Nahrungsmittel sind, wurden von unseren Truppen versorgt. Die Verbindungswege sind an mehreren Stellen abgeschnitten, alle Straßen zerstört.

Englischer Heeresbericht vom 18. März. Feindliche Nachhuten zurückdrängend rüdten unsere Truppen in den letzten 24 Stunden einige Meilen vor, und zwar bis zur Tiefe von zehn Meilen in den Wäldern der annähernd 45 Meilen südlich Chauny bis in die Nachbarschaft von Arras sich erstreckenden Front. Außer Rele, Chaunes und Peronne gewonnen wir den Besitz von über 60 Dörfern.

Bericht vom 19. März. Die Verfolgung des Feindes dauerte heute fort, wobei Kavallerie und vorgeschobene Posten die feindlichen Nachhuten zurücktrieben. Der gewonnene Boden erstreckt sich in einer Tiefe von zwei bis acht Meilen. 40 weitere Dörfer fielen in unsere Hand.

## Das neue französische Ministerium.

Paris, 20. März. (Meldung der Agence Havas.) Das neue französische Ministerium ist wie folgt gebildet worden: Vorsitz und Außenminister: Ribot; Justiz: Viviani; Krieg: Painlevé; Marine: Lacaze; Bewaffnungswesen: Thomas; Finanzen: Thiery; Inneres: Walby; Deffentliches Unterrichts: Steeg; Deffentliche Arbeiten: Desplas; Handel: Clementel; Ackerbau: Fernand David; Verpflegung: Viollette; Arbeit und soziale Fürsorge: Bourgeois; Kolonien: Maginot; Unterstaatssekretär des Finanzwesens: Daniel Vincent.

Der Abgang Briands hat durchaus nicht das ganze Ministerium Briand in die Versenkung mitgezogen. Nur ein Drittel seiner Bestandteile hat sich verändert, und der Kopf, der dem Kabinett den Namen gibt, stammt aus dem bisherigen Bestande. Ribot übernimmt die Leitung in einem Augenblick hochgepannter Schwierigkeiten. Schaut man nicht nur auf seine durch ein Vierteljahrhundert ministerieller Arbeit gehäufte und erprobte Erfahrung, sondern auch auf sein Alter von vollen 75 Jahren, so wird die Annahme einigermassen erschwert, daß die jetzige Kabinettbildung in der Hoffnung auf ein längeres Dasein geschloffen sei. Ließ die kritische Stunde des Weltkriegs eine schnelle einstweilige Regelung, die ein nicht gerade beunruhigendes Neuhères aufwies, geraten erscheinen? Soll der Name Ribot nur eine Lücke verdecken, die zurzeit nicht durch eine ausreichende Lösung beseitigt werden kann? Ribot hat diese Rolle schon einmal übernommen, und damals dauerte seine Ministerchaft sogar nur einen Tag. Jedenfalls fehlt diesem Ministerium der erregende Charakter, den vor anderthalb Jahren der Aufstieg Briands hatte. Ihm fehlt das hohe Chauvinistische Kriegsbegeisterung.

Auch das Ministerium Ribot dürfte zurzeit an einen Frieden ohne Elend-Vorbringen nicht denken. Aber sein Regierungsantritt ist sicher auch nicht das Zeichen eines sich noch härter anspannenden Kriegswillens.

Mit dem Ministerium Briand stürzte binnen wenigen Tagen die zweite der feindlichen Regierungen, die das deutsche Friedensangebot ablehnten.

## Die provisorische Regierung an das russische Volk.

Petersburg, 19. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die provisorische Regierung hat heute vormittag folgendes Manifest erlassen:

Mitbürger! Das große Werk ist mit mächtigem Schwung vollendet worden. Das russische Volk hat die alte Regierungsform gestürzt. Ein erneuertes Rußland wurde aus diesem Staatsreich geboren, den lange Jahre des Kampfes nicht hatten erreichen können.

Nur dem Druck der erwachten Kräfte hatte der Akt vom 17. Oktober 1906 Rußland verfassungsmäßige Freiheit verheißt, welche jedoch nicht in die Wirklichkeit umgewandelt wurden. Die erste Duma, die Trägerin der Forderungen der Nation, wurde aufgelöst, die zweite hatte das selbe Los, und die Regierung, unfähig, den Willen des Volkes zu erfüllen, beschloß, dem Volke durch den Akt vom 3. Juni 1907 einen Teil der Gesetzgebungsrechte, die ihm versprochen worden waren, wieder zu entziehen.

Während der zehn nun folgenden Jahre hat die Regierung dem Volke allmählich alle Rechte wieder gewonnen, welche es sich erobert hatte. Das Land wurde von neuem in den Abgrund einer unumschränkten, willkürlichen und rein verwaltungsmäßig vorgehenden Regierungsweise geführt.

Alle Versuche, der Verunsicherung bei der Regierung Gehör zu verschaffen, waren vergeblich, und der große Weltkrieg, in den unser Vaterland hineingezogen wurde, fand es gegenüber einem moralischen Verfall der mit dem Volke uneinigen, für die Zukunft

des Vaterlandes gleichgültigen und in Schanden und Laster verstrickten Regierung. Die heldenhaften Anstrengungen der Armee, welche unter dem Druck der grauenhaften Unordnung im Innern unterlag, und die Stimme der Volksvertretung, die angeht die Gefahr für das Volk zusammentrat, waren unfähig, den ehemaligen Kaiser und seine Regierung auf den Weg des Zusammengehens mit dem Volke zu bringen.

Als daher Rußland durch gerechtes und unheilvolles Handeln seiner Regierenden sich vor dem größten Unglück sah, verstand das Volk, die Macht in seine eigenen Hände zu nehmen. Der revolutionäre Schwung eines der ganzen Ernsthaftigkeit des Augenblickes sich bewußten Volkes und der feste Wille der Reichsduma schufen die provisorische Regierung, welche es als ihre geheiligte Pflicht ansieht, die Wünsche des Volkes zu erfüllen und das Land auf den leuchtenden Weg freier bürgerlicher Organisation zu führen.

Die Regierung glaubt, daß der Geist hoher Vaterlandsliebe, den das Volk in dem Kampf gegen die alte Regierungsform bewiesen hat, auch unsere tapferen Soldaten auf den Schlachtfeldern befehlen wird. Die Regierung ihrerseits wird ihr Möglichstes tun, um der Armee alles Notwendige zu sichern, damit sie den

Krieg zum siegreichen Ende führen kann. Die Regierung wird alle uns mit anderen Mächten verbindenden Bündnisse trenn bewahren.

Indem die Regierung die unumgänglich notwendigen Maßregeln für die Verteidigung des Landes gegen den auswärtigen Feind ergreift, hat sie es als ihre erste Pflicht angesehen, dem Volke den Ausdruck seines Willens hinsichtlich der politischen Regierungsform in jeder Weise zu erleichtern, und wird sobald als möglich eine konstituierende Versammlung auf Grund allgemeinen Wahlrechtes berufen, wobei sie den tapferen Vaterlandsverteidigern ihren Anteil an den Wahlen zum Parlament sichern wird. Die konstituierende Versammlung wird auch das Grundgesetz veröffentlichen, welches dem Lande die unantastbaren Rechte der Gleichheit und Freiheit sichern wird.

Unter dem Eindruck des ganzen Schwergewichts der politischen Unterdrückung, welche auf dem Lande gelastet und die freien schöpferischen Kräfte des Volkes während der quälenden Jahre der Prüfungen für das Volk behindert hat, hält die provisorische Regierung es für notwendig, noch vor der Berufung der konstituierenden Versammlung dem Lande sofort feste Grundsätze

zu geben, welche die politische Freiheit und Gleichheit sichern, um allen Bürgern die Geklebung ihrer geistigen Kräfte in schöpferischer Arbeit zum Wohle des Landes zu erleichtern.

Die Regierung wird auch Sorge tragen, Grundsätze auszuarbeiten, welche allen Bürgern die Teilnahme an den Gemeindegewalten sichern sollen, die auf Grund allgemeinen Stimmrechtes stattfinden werden.

Im Augenblick der Befreiung des Volkes denkt das ganze Land mit frommer Dankbarkeit an diejenigen, welche im Kampf für ihre politischen und religiösen Gedanken als Opfer der Nachsicht der alten Regierung gefallen sind, und die provisorische Regierung wird mit Freuden alle, die für das Wohl des Landes gelitten haben; aus der Verbannung und aus den Gefängnissen zurückrufen.

Indem die provisorische Regierung an der Lösung dieser Fragen arbeitet, glaubt sie, daß sie den Willen des Volkes ausführt, und daß das ganze Volk sie unterstützen wird bei ihren Bemühungen, die Wohlfahrt Rußlands zu sichern.

## Ein anderer Text des Miljukow-Rundschreibens.

Dem Volkslichen Bureau wird aus Bern gemeldet: Französische und italienische Blätter veröffentlichen die Depesche Miljukows an die russischen Vertreter im Auslande in einem anderen Text, als er in den neutralen Ländern erschienen ist, nämlich auf Einschaltung folgender Sätze vor dem Schluß:

Rußland hat den Krieg, welcher seit fast drei Jahren die Welt in Blut badet, nicht gewollt. Aber das Opfer eines vorbedachten und von langer Hand vorbereiteten Angriffs, wird Rußland fortfahren, wie früher gegen den Eroberungsgeist einer räuberischen Masse zu kämpfen, welche sich einbildet, eine unerträgliche Hegemonie über ihre Nachbarn ausüben zu können und dem Europa des 20. Jahrhunderts die Schmach der Herrschaft des preussischen Militarismus aufzulegen. Treu dem Vertrag, welcher Rußland unzulässig mit seinen ruhmollen Verbündeten einigt, ist Rußland gleich ihnen entschlossen, der Welt um jeden Preis eine Völkervereinigung auf Grundlage einer stabilen nationalen Organisation, welche die Achtung des Rechts und der Gerechtigkeit gewährleistet, zu sichern. Rußland wird an ihrer Seite den gemeinsamen Feind bis ans Ende ohne Pause und Schwäche bekämpfen. Die Regierung, welcher ich angehöre, wird alle Energie auf die Vorbereitung des Sieges verwenden und schneidend den Irrungen der Vergangenheit, welche bisher den Schwung und den Opfergeist des russischen Volkes paralysieren konnten, abzuhelfen suchen.

Volks Bureau bemerkt zu diesem Abschluß: „Der uns aus Kopenhagen zugegangene Text hat diese Sätze so wenig enthalten, wie der in der Schweiz verbreitete.“

In einem Leitartikel zur Revolution in Rußland schreibt der Kopenhagener „Sozialdemokrat“:

Aus der Mitteilung Miljukows an die russische Diplomatie im Auslande ist ersichtlich, daß Rußland vorläufig noch Republik ist. Großfürst Michael ist nicht Regent. Der neue Justizminister Kerenski erklärte nach seinem Eintritt in die Regierung, daß er auch weiterhin Republikaner sei und das Schweben Miljukows in seiner Mitteilung über Krieg und Kriegsziele deutet darauf hin, daß Kerenski an den Gesichtspunkten festhält, die er noch im Februar in der Reichsduma dargelegt hat, wobei er sich gegen die unpopulären Kriegsziele der Panlawisten (Konstantinopel usw.), wendete und darauf hinwies, daß die Kriegszustimmung des russischen Volkes in unendlicher Progression sinke. Kerenski kann viel eicht für den Verteidigungskrieg gegen die deutschen Inva-

tionsteere zu haben sein. Er wünscht aber offenbar baldmöglichst den Frieden, damit Rußland sich den mannigfachen Aufgaben der großen inneren Befreiung widmen kann.

## England und Frankreich an die neue Regierung.

London, 19. März. (Reuter.) Unterhaus. Lloyd George erklärte, so weit die britische Regierung unterrichtet sei, sei die russische Revolution mit geringem Blutvergießen durchgeführt worden. Die neue Regierung habe die Unterstützung des ganzen Landes, der Armee und der Marine erhalten. Es sei befriedigend, zu wissen, daß die neue Regierung für den ausdrücklichen Zweck gebildet worden sei, den Krieg mit vermehrtem Eifer weiterzuführen (Beifall). Die britische Regierung sei überzeugt, daß russische Volk werde finden, daß sich Freiheit und Ordnung selbst in Revolutionszeiten vereinigen lasse, daß freie Völker die besten Verteidiger ihrer eigenen Ehre seien.

Amsterdam, 20. März. Das „Algemeen Handelsblad“ meldet aus London: Lloyd George leitete gestern im Unterhause mit, daß am Donnerstag die Abfindung einer Glückwunschkarte an die russische Duma beantragt werden würde. Der Premierminister sagte ferner, man könne nach den vorliegenden Informationen noch nicht sagen, daß in Rußland alle Gefahr vorüber sei.

Paris, 19. März. (Melbung der Agence Havas.) Briand antwortete auf die Botschaft Miljukows durch ein Telegramm, in dem er ihm den Empfang dieser Mitteilung bestätigte und Wünsche für das Glück und die Größe Rußlands aussprach. Briand erklärte, er sei überzeugt, daß die Völker, die die alliierten Mächte verknüpften täglich inniger und enger würden und er sei sicher, daß diese Mächte, die seit beinahe drei Jahren kämpften, damit die Grundlage der Freiheit und des Rechtes, auf denen die Unabhängigkeit der Völker beruhe, in der Welt triumphierten, den Kampf ohne Waffenstillstand oder Schwäche bis zum Endsieg fortsetzen würden.

## Die Opfer des Petersburger Aufstandes.

Amsterdam, 20. März. Der Petersburger Korrespondent des „Daily Chronicle“ meldet: In den Petersburger Krankenhäusern wurden in der letzten Woche 1960 Verwundete behandelt. Die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten in Petersburg übersteigt 2500. In Moskau wurden sechs Personen getötet und acht verwundet.

## Der Krieg auf den Meeren.

### Der Angriff auf die Kentküste.

London, 19. März. (Reuter.) Die Admiralität teilt über den gestern abend gemeldeten Ueberfall durch feindliche Zerstörer mit, daß der Feind, nachdem er das unterseidigte Seebad Ramsgate beschossen hatte, sich vor den örtlichen britischen Streitkräften in Eile zurückgezogen habe. Ein britischer Zerstörer sei durch Torpedos versenkt, ein anderer durch Torpedos beschädigt worden, jedoch nicht ernstlich. Ferner sei ein englisches Handelsschiff versenkt worden. Es sei nicht möglich gewesen, den den feindlichen Schiffen zugefügten Schaden festzustellen.

### Seesperre und Versenkungen.

Bergen, 19. März. (Melbung des norwegischen Telegramm-Bureaus.) Der seit längerer Zeit beschränkte Untergang des Dampfers Orion (1850 Tonn) in der Nordsee mit seiner gesamten Besatzung scheint sich zu bestätigen, da seit der Abreise des Schiffes keine Nachricht von ihm eingetroffen ist. Der Orion war mit Reis von Norwik nach Middlesborough unterwegs. Die Besatzung bestand aus 17 Mann. Das Schiff war mit 1150000 Kronen kriegsversichert.

Amsterdam, 19. März. Das „Algemeen Handelsblad“ erzählt, daß mit dem Dampfer Laconia der Cunard-Linie, der von einem deutschen Unterseeboot versenkt wurde, die niederländische Post, die zwischen dem 18. Januar und 17. Februar aus Holland abgeschickt worden war, untergegangen ist.

Bern, 20. März. Nach einer Lissaboner Meldung wurde dem portugiesischen Parlament ein Verzeichnis der seit Kriegsbeginn durch feindliche Tauchboote oder Minen versenkten Schiffe der portugiesischen Handelsmarine vorgelegt. Die Liste umfaßt sechs Dampfer, eine Schaluppe, einen Zweimaster und ein Boot.

## Völliger Niedergang der französischen Handelsflotte.

Bern, 19. März. Ueber die Lage der französischen Handelsmarine schreibt „Information“, daß das Zentralamt der französischen Flotte die Verluste der französischen Handelsmarine mit 400 000 Tonn gleich 17 Proz. der Gesamttonnage bekanntgegeben hat. Das Blatt fragt, was getan werde, um der ernsten Lage zu steuern, und fordert Organisation zwecks Neubau und Ankauf von Handelsschiffen im Auslande. Wenn heute nichts getan würde, könne man auch später aus einem Sieg keinen Nutzen ziehen.

Der französische Schiffbau liegt bekanntlich vollkommen da, niedriger, die Werften ruhen so gut wie ganz. Im November 1916 wurde in der französischen Kammer durch den Abg. Goffe festgestellt, daß mit Kriegsbeginn (also seit 2 1/2 Jahren) nur 30 000 Tonn Schiffraum von französischen Werften auf Stapel gelegt seien. Vor allem fehle es an Material, das England zu liefern sich weigere. Zu Beginn des verstärkten U-Boot-Krieges ließ die Regierung erklären, daß bei Heranziehung aller Kräfte in diesem Jahre sechs (!) Neubauten fertig werden könnten, für später werden ein paar mehr in Aussicht gestellt. Zu Kriegsbeginn hatte die französische Handelsflotte etwa 1,8 Millionen Dampfer- und 0,4 Mill. Segeltonnen.

### Englische Einfuhrzustände an Frankreich.

Da die französischen Industriellen sich bitter über die Härte des englischen Einfuhrverbotes beklagten, namentlich die Seidenfabrikanten, hat England laut „Fürcher Post“ Frankreich folgende Zugeständnisse gemacht, die auf Grund der Weisbegünstigungsklausel auch der Schweiz gegenüber gewährt werden sollen. Alle laufenden Verträge können noch erfüllt werden. Im April können noch 50 Prozent und im Mai noch 25 Prozent gebilligt werden. England wird die Herstellung von Luxuswaren, namentlich solcher aus Seide, auch bei sich selbst verbieten.

Zwischen der Schweiz und England schweben Verhandlungen, damit diese Zugeständnisse auch für Strickwaren, Wirkwaren und Strohhüte erreicht werden.

## Die Erhebung Finnlands.

Stockholm, 20. März. Ueber die Zustände in Finnland treffen die verschiedensten Nachrichten ein. Nach Mitteilungen von „Dagens Nyheter“ wird die Dumakommission, die das Land bereist, heute in Tornea erwartet. In Helsinki soll der Umsturz sich ziemlich rasch vollzogen haben. Man gibt an, daß etwa hundert Offiziere geblieben wurden. Nach dem Bericht von Reisenden ist die Dumakommission auf ihrer Fahrt durch Finnland überall mit Begeisterung empfangen worden. Die Bevölkerung zog ihr mit Musik entgegen und die finnische Nationalhymne und die Marschlied wurden gespielt. Als finnische Redner die Wünsche ihrer Nation vorbrachten, antworteten die Dumamitglieder, das Verhältnis zwischen Rußland und Finnland solle künftig auf Freiheit und Freundschaft, nicht auf Unterdrückung und Haß beruhen. Die erste unzensurierte finnische Zeitung, die Schweden erreicht hat, verlangt Einberufung des Landtages und betont stark rein finnische Interessen. In Petersburg werden, wie mehrere Stockholmer Blätter aus Saporanda erfahren, etwa zweihundert finnische Gefangene befreit. Auch Swinhufud soll auf der Heimreise aus Sibirien begriffen sein.

## Politische Uebersicht.

### Reichstag.

#### Reichsamt des Innern.

Der Reichstag ist am Dienstag wieder zusammengetreten, nachdem in der längeren Pause seit der ersten Beratung des Etats der Hauptauslaß den nötigen Beratungstoff für die zweite Lesung vorbereitet hat. Bis zum 31. März sind es aber im günstigsten Falle nur noch elf Sitzungstage, so daß es zweifelhaft erscheinen muß, ob selbst bei raschem Fortgang der Arbeiten der Etat ordnungsgemäß bis zum vorgeschriebenen Termin fertiggestellt werden kann.

Zu Beginn der Sitzung wurden einige Anfragen aus dem Hause erledigt, die sich zum Teil auf die Behandlung gefangener Deutscher in England und Frankreich bezogen. Eine weitere Anfrage wurde von einem konservativen Abgeordneten gestellt. Sie betraf die bei einem konservativen etwas auffällige Fürsorge für den „angefessenen, sachverständigen Sander“; noch bemerkenswerter war der Umstand, daß mit dieser Anfrage die Konservativen überhaupt zum ersten Male sich an der Einbringung der Anfragen beteiligt haben. Bis dahin hatten sie diese gegen ihren Widerspruch zustande gekommene „Erweiterung der Parlamentsrechte“ höflich boykottiert.

Bei den Beratungen über das Reichsamt des Innern, die die Sitzung im wesentlichen ausfüllen, wurden in der Hauptsache die sozialpolitischen Fragen des Reiches behandelt, da die wichtigen Ernährungsfragen einer besonderen Erörterung vorbehalten bleiben. Den Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat in einer sachkundigen Rede Genosse Hoch, der unter voller Anerkennung der Schwierigkeiten, in denen sich die Gesetzgebung jetzt während des Krieges befindet, doch mit ernsten Worten auf die Mängel und Ungleichheiten unserer Sozialpolitik hinwies. Der Raubbau, der jetzt mit der Ueberanstrengung der Arbeiter, besonders der Frauen und Kinder getrieben wird, bedeutet eine große Gefahr für die Zukunft unseres Volkes. Das letzte Mittel, um über die Schwierigkeiten nach dem Kriege hinwegzukommen, ist unehinderte Bewegungsfreiheit der Arbeiter und energische Sozialpolitik. Dem Zentrumskredner Gieseler, der vor ihm gestanden hatte, konnte Genosse Hoch in manchen Punkten zustimmen, in wichtigen Fragen kam aber der Gegensatz zwischen unserer sozialpolitischen Auffassung der wirtschaftlichen Entwicklung und der bürgerlichen klar zum Ausdruck. Noch schärfer trat dieser Gegensatz in den Darlegungen der Redner, die auf Hoch folgten, in die Erscheinung, besonders des Nationalliberalen Dr. Stresemann, der sich allerdings trotz alledem bemüht, ein gewisses Verständnis für die Arbeiterbewegung zu gewinnen, und des Konservativen v. Brochhausen, bei dem diese Einschränkung nicht gilt. Für die fortschrittliche Volkspartei sprach der süddeutsche Abgeordnete Dieckhoff.

### Sozialdemokratische Anträge zum Militärret.

Die Sozialdemokraten haben in der Budgetkommission beantragt, den Reichszentraler zu ersuchen:

1. mit möglichster Beschleunigung eine Reform des militärischen Beschwerderechts herbeizuführen;
2. darauf hinzuwirken, daß die Disziplinarur bei den einzelnen Truppenteilen nicht über das unbedingt nötige Maß hinaus ausgedehnt wird und daß die Zensur der Urteile nicht mehr bei den einzelnen Truppenteilen, sondern beim Brigadestab oder einer andern höheren Kommandostelle vorgenommen wird;
3. darauf hinzuwirken, daß Mannschaften, die verwundet oder krank aus dem Felde in Lazarette oder in die Heimat überwiesen werden, vor ihrer Rückkehr zur Front oder zu ihrem Ersatztruppenteil einen entsprechenden Urlaub erhalten.

### Das Plauderstündchen bei Adlon.

Nachdem alle anderen von ihm abgerückt sind, bleibt dem Urheber der Adlon-Aktion, dem Grafen Doensbroeck, nichts weiter übrig, als nunmehr als Vorkündergebliebener von sich selber abzurufen. Zu diesem Zweck versendet er folgende Erklärung:

1. Die „Eingaben“ an Kaiser, Reichstag, Hindenburg, die mit der „Einladung“ zur Besprechung versehen wurden, waren „Entwürfe“ und als solche bezeichnet, d. h. also, es waren Schriftsätze, die verbessert, von Grund aus verändert oder auch ganz verworfen werden konnten. 2. Von irgendwelcher Bindung der Erziehung auf die Eingabentwürfe war so wenig die Rede, daß ich, als Vorsitzender, in der Einleitungsansprache ausdrücklich erklärte, Grundlage der Besprechung sei die völlige Freiheit und Ungebundenheit jedes einzelnen Ueberstimmungen durch Mehrheiten, wie das in Parlamenten und sonst üblich sei, gäbe es hier nicht. 3. Das Recht, zu vertraulichen Besprechungen über wasserländische Dinge zusammenzukommen, und das Recht, Eingaben an den Kaiser, an den Reichstag, an Hindenburg zu machen, ist so selbstverständlich, daß darüber kein Wort zu verlieren ist. 4. Keiner der Eingabentwürfe ist gewährt und deshalb auch keine der Eingaben gemacht worden.

Nach dieser Erklärung sieht freilich die Adlon-Konferenz in ganz anderem Lichte da: Alle Gerüchte sind nur aufstauungsgelassen, weil einige vergnügte ältere Herren bei Adlon ein Plauderstündchen abgehalten haben. Dabei wurden — die Mode stammt aus den Lazaretten — entzückende kleine Ge-

schäftsplätzchen veranstaltet, darunter das anmutige und sinnige Spiel „Eingaben machen“. Zu diesem Zwecke verfaßte jeder der Teilnehmer eine kleine langzerstückerliche Petition, natürlich zum reinen Spaß. Die Produkte wurden am Schluß insgesamt unter schallender Heiterkeit verlesen, worauf man hochbefriedigt auseinanderging. Und aus diesem harmlosen Zeitvertrieb einiger älterer Herren macht die böse demokratische Presse eine politische Verschwörung. Na sowas!

### Das Wahlergebnis im 11. Berliner Landtagswahlkreis.

Die Landtagswahl im 11. Berliner Landtagswahlkreis für den bisherigen Abgeordneten Dr. Karl Dieblich hat am gestrigen Dienstag stattgefunden. Der Kandidat der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Schriftsteller Dr. Franz Rehring-Weipzig, wurde mit großer Majorität gewählt.

Von den 660 Wahlmännern des 11. Landtagswahlbezirkes gaben 428 ihre Stimme ab. Es erhielten: Dr. Franz Rehring 386, der Kandidat der sozialdemokratischen Mehrheit, der Vorkingende des Deutschen Eisenbahnarbeiter-Verbandes Louis Brunner-Tempelhof 44, und der Kandidat der fortschrittlichen Volkspartei Ingenieur Feig Gaudberg 43 Stimmen.

Was der Opposition also unter dem Reichstagswahlrecht in Spandau-Distrikt nicht gelungen ist, das hat sie unter dem Dreiklassenwahlrecht erhalten, nämlich einen Parlamentsmitglied für Franz Rehring. Eine eigentliche Wahl hat ja nicht stattgefunden, da nach den Bestimmungen des preussischen Wahlrechts bei Mandatswechsel innerhalb der Legislaturperiode nur die Wahlmänner, die zum größten Teil noch von der Hauptwahl her bestehen, über die Neubesetzung des Mandats zu entscheiden haben. Daß diese in Berlin VI, der Godeburg der Opposition zum größten Teil zu dieser stehen würden, war vorauszu sehen, zumal da die bestehende Organisation auf die Seite der Opposition übergetreten war. Die Anhänger der Partei hatten kaum ein paar Tage vor der Wahl organisatorischen Aufwands geleistet und daher so gut wie gar keine Vorarbeit leisten können. Daß sie nicht desto weniger 44 Wahlmänner durchgebracht haben, bedeutet für die junge Organisation immerhin einen Achtungserfolg. Auffällig ist, daß über 200 Wahlmänner ihre Stimmen nicht abgegeben haben. Die Gründe, aus denen es geschehen ist, sind vielleicht noch näher zu prüfen. Jedenfalls ist nicht anzunehmen, daß es Anhänger Rehring's sind, die sich der Stimme enthalten haben.

### Herabsetzung der Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuches.

Die Regierung hat soeben einen Gesetzentwurf beim Reichstag eingebracht, der die Herabsetzung der Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuches zum Gegenstand hat. Die wichtigsten von der Regierung beantragten Milderungen beziehen sich auf folgende Entfremdung (§§ 68 bis 69), Fahnenflucht (§§ 71, 72, 73, 77, 78), erschwerter Ungehorsam (§ 95), Uebertretung (§ 97 Abs. 2 u. 3), tätlichen Angriff gegen einen Vorgesetzten (§ 97 Abs. 2 u. 3), Aufwiegelung und Aufruhr (§§ 100, 106, 108, 110, 110a), erschwerter Wachtvergehen (§ 141 Abs. 2 u. 3). — Die Begründung des Entwurfs weist darauf hin, daß das Militärstrafgesetzbuch auf den Erfahrungen des Feldzugs von 1870/71 beruhe. Verhältnisse, wie sie der jetzige Krieg gezeigt hat, der lang anhaltende Stellung- und Grabenkampfs, das nervenaufreibende Ausscharren in ständigen Gefahr, die seelische Wirkung der neuen Kampfmittel usw., ferner das getwollte Aufgebot von Heeresangehörigen, unter denen sich naturgemäß manche befinden, die körperlich und geistig nicht vollen Friedensanforderungen entsprechen, traten in den früheren Kriegen nicht so in die Erscheinung. Hierzu kommt das dauernde enge Zusammenleben von Vorgesetzten und Untergebenen in Schützengräben und Unterstand; endlich die beschleunigten Ausbildungsverhältnisse bei den jungen Soldaten. Alle diese Umstände erklären es, daß die im Felde begangenen Straftaten oft in milderer Licht erscheinen. Deshalb sei trotz der Notwendigkeit, in den harten Zeiten des Krieges für gewisse Vergehen schwere Strafen anzudrohen, eine Milderung bei all den Kriegsvergehen angebracht, deren Mindeststrafen bei der Anwendung erfahrungsgemäß ein Mißverhältnis zur Schuld gezeigt haben.

### Auch Uelauer erhalten erhöhtes Verpflegungsgeld.

Vor einiger Zeit ist mit Wirkung vom 1. Februar 1917 ab das Verpflegungsgeld der auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften von 1,50 auf 2 M. erhöht worden. Es sind nun Zweifel darüber entstanden, ob dieses erhöhte Verpflegungsgeld auch den Urlaubern zu bezahlen ist. Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, ist das guttendend; die heimurlaubten Soldaten erhalten also jetzt für die Dauer des Urlaubs ein Verpflegungsgeld von täglich 2 Mark.

## Letzte Nachrichten.

### Friedslundgebung russischer Sozialisten.

Kopenhagen, 20. März. Sämtliche russische Sozialistenvereine in Kopenhagen hielten gestern eine gemeinsame Versammlung ab, und nahmen einen Antrag an, in dem es heißt: Die Demokratisierung der russischen Verfassung, die unter dem Einfluß der Arbeiterklasse erfolgen kann, wird den sozialistischen Massen in Rußland, die an Eroberungen und Unterdrückung fremder Völker kein Interesse haben, die Möglichkeit geben, ein wichtiger Faktor zur Erreichung eines Friedens zu werden, der von dem Willen des souveränen Volkes diktiert ist, eines Friedens ohne Eroberungen und Kriegssteuern, der alle Völker Europas von jeder Unterdrückung und Erniedrigung befreien kann.

### Die dänischen Sozialdemokraten an Tschibidsch.

Kopenhagen, 20. März. Die dänischen Sozialdemokraten haben folgendes Telegramm an den russischen Sozialistenführer Tschibidsch geschickt: Die dänische Sozialdemokratie beglückwünscht die Parteigenossen in Rußland zu dem wichtigen Schritt auf dem Wege zur Befreiung.

### Deutsche Kriegsgefangene in Sibirien.

Berlin, 20. März. Der Deutsch-Asiatische Bank ist telegraphisch mitgeteilt worden, daß der Hilfsaktion für deutsche und österreichisch-ungarische Kriegsgefangene in Sibirien, die von der dänischen Regierung offiziell gestützt worden ist, die Unterstützungen der Kriegsgefangenen fortzusetzen. Die Deutsch-Asiatische Bank in Berlin und Hamburg nimmt Geld für die Kriegsgefangenen in Sibirien und Japan zur Weiterleitung nach Tientsin wie bisher entgegen.

### Opfer der Arbeit.

Dortmund, 20. März. Auf der Fache Wienbahnbau wurden vier Bergleute verunglückt. Sie sind alle tot. — Auf dem Eisenwerk Union brach das Gehäuse einer mit flüssigem Stahl gefüllten Pfanne. Zwei Arbeiter wurden verbrannt, drei andere schwer verletzt.

# Gewerkschaftliches.

## Textilarbeiter in der Landwirtschaft.

Vom Kriegsantritt und von verschiedenen Generalkommandos ist der Wunsch ausgedrückt resp. es sind Aufforderungen ergangen, die arbeitslosen Textilarbeiter möchten Arbeit in der Landwirtschaft nehmen, um auch ihrerseits dazu beizutragen, die Ernährung im neuen Jahre zu sichern.

Vom Textilarbeiterverband wird uns dazu geschrieben: Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes erkennt die Notwendigkeit der Berichtigung landwirtschaftlicher Arbeiten für alle dazu geeigneten Personen an, kann aber für die Textilarbeiter eine Verpflichtung zur Leistung solcher Arbeiten nur dann anerkennen, wenn die Vorbedingungen dazu gegeben sind: Entsprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Erfahrungen, die im Vorjahre von einer Anzahl Textilarbeiterinnen gemacht worden sind, mahnen zur Vorsicht. Da hat es sozusagen an allem gefehlt. In primitiven, nicht heizbaren, oft von Ungeziefer belegten Unterkunftsräumen mußten solche Arbeiterinnen kampieren. Auch die Behandlung ließ oft sehr zu wünschen übrig.

Von besonderer Wichtigkeit ist selbstverständlich die Lohnfrage und die der Arbeitszeit. Hier könnte dem Kriegsantritt nur empfohlen werden, die Bedingungen, die der Magistrat von Augsburg voriges Jahr den Landwirten zum Schutze der Textilarbeiter auferlegte, für das ganze Reich als bindende zu erklären.

Die Bedingungen lauten:

1. Die Arbeit gilt nur als Aushilfsarbeit. Die Textilarbeiterinnen unterliegen nicht den Bestimmungen der Gefindeordnung.
2. Die Textilarbeiter erhalten an Lohn neben voller Kost und dem üblichen Bier:
  - a) männliche Arbeiter 2,50 M. bis 3 M. täglich
  - b) weibliche 1,50 2
3. Die Textilarbeiter erhalten ein Drittel der bisher gezahlten Unterstützung weiter.
4. Der Magistrat möchte den Landwirten zur Pflicht:
  - a) ansehnliches und gutes Essen, b) Schlafstellen, die in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung einwandfrei sind, zu gewähren.
5. Die Arbeiter bleiben als freiwillig zahlende Mitglieder in ihrer bisherigen Krankenkasse und in derselben Klasse, in der sie vorher versichert waren.
6. Die Zeit, welche die Textilarbeiter in der Landwirtschaft arbeiten, wird in den bisherigen Betrieben als Arbeitszeit angerechnet.
7. Eine Vermittlung der arbeitslosen Textilarbeiter und Arbeiterinnen nach weitabgelegenen großen Gütern und Domänen findet nicht statt.

Diese Bestimmungen wären zweckdienlich auf alle landwirtschaftlichen Betriebe des Reiches zu übertragen. Da auf großen Gütern volle Kost nicht immer gewährt wird, wäre in solchen Fällen für den weggefallenen Kostteil ein entsprechendes Deputat zu gewähren. Ausfallende Deputatsanteile wären nach den jeweiligen Marktpreisen zu entschädigen. Als tägliche Arbeitszeit haben zehn Stunden zu gelten; für Ueberstunden ist Lohnzuschlag zu gewähren. Die Lohnzahlung hat wöchentlich zu erfolgen; als Kündigungsfrist wäre ein vierzehntägige vorgezogen.

Eine glatte und rasche Erledigung der hier geäußerten Wünsche dürfte im Interesse der Volksernährung geboten sein.

## Berlin und Umgegend.

### Teuerungszulage der Seidenhutmacher.

Der Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter hat den Seidenhutfabrikanten und den Inhabern von Ladengeschäften die Forderung eingereicht, mit Rücksicht auf die fortgesetzt steigenden Lebensmittelpreise eine Lohnzulage von 25 Proz. zu gewähren. Die M. d. L. in der letzten Branchenversammlung der Seidenhutmacher berichtete, haben die Fabrikanten die Forderung in vollem Umfange bewilligt, was eine wöchentliche Zulage von 12 M. für männliche Arbeiter bedeutet. In den Ladengeschäften ist die Forderung nur zum Teil, und zwar in Höhe von 5 bis 10 M. wöchentlich bewilligt worden. Zur ganzen betragen die bewilligten Lohnerrhöhungen, die vom 10. März ab zu zahlen sind, für 16 Arbeiter zusammen 120 M. und für 2 Arbeiterinnen zusammen 10,75 M. wöchentlich.

Die Versammlung erklärte sich mit diesem Ergebnis einverstanden.

### Tarifverhandlungen der Bauanschläger.

Zum Dezember beschloßen die Bauanschläger, zu der bis dahin gewährten Lohnzulage von 30 Proz. noch eine fernere Zulage von 20 Proz. zu fordern, so daß im ganzen eine Zulage von 50 Proz. auf den geltenden Tarif zu zahlen wäre. Mitte Februar verhandelte die Vertretung der Bauanschläger mit der Kommission der Unternehmer. Ueber den Verlauf der Verhandlung berichtete der Branchenobmann am Sonntag in der Mitgliederversammlung, daß die Unternehmer nicht zur Bewilligung der Forderung zu bewegen waren. Um das gesetzte Ziel wenigstens schrittweise zu erreichen, machten die Arbeitervertreter dann den Vorschlag, es solle ihnen bis zum 1. Juli eine Zulage von 40 Proz. und von da bis zum 1. Oktober weitere 10 Proz. bewilligt werden. Auch darauf gingen die Unternehmer nicht ein. Ihr letztes Angebot war: Eine Zulage von 35 Proz. in der Zeit vom 1. April bis 1. Juli und später neue Verhandlungen über die für den Zeitraum vom 1. Juli bis 1. Oktober zu gewährende Zulage. Da die Arbeitervertreter mit ihrer Forderung nicht soweit zurückgehen konnten, kam in der Verhandlung keine Einigung zustande.

Die Versammlung beschloß nach eingehender Aussprache, die Kommission solle den Unternehmern als letztes Angebot unterbreiten: Eine Zulage von 40 Proz. bis 1. Juli und neue Verhandlungen über die Erhöhung derselben nach dem 1. Juli.

### Die Lohnzulage in der Herrenkonfektion.

Zu Verbindung mit der allgemeinen Lohnbewegung der Schneider ist für die in der Herrenkonfektion beschäftigten Arbeiter eine Lohnaufbesserung zustande gekommen. Darüber berichtete Runge am Montag in einer Versammlung der Herrenkonfektionsschneider. Er wies zunächst darauf hin, daß die für die Herrenkonfektion bestehenden Tarife verschiedene Ablaufstermine hatten. Während die Unternehmer dahin strebten, einen gleichzeitigen Ablaufstermin für alle Tarife zu bekommen, hielten es die Arbeiter für den Fall künftiger Lohnkämpfe für vorteilhaft, wenn die verschiedenen Ablaufstermine bestehen blieben würden. Nun zeigte sich aber bei den Verhandlungen, daß die Unternehmer wohl bereit waren, die Lohnforderungen der Arbeiter zu bewilligen, daß sie aber auf der Einführung eines gleichzeitigen Ablaufstermins bestanden. Angesichts dieser Sachlage glaubte die Verhandlungsvertretung es nicht verantworten zu können, wenn sie eine Verständigung, die die geforderte Lohnerrhöhung gewährt, an der Frage des Ablaufstermins hätte scheitern lassen. So ist denn nach langen eingehenden Verhandlungen auch für die Herrenkonfektion eine Vereinbarung dahin zustande gekommen, daß vom 1. April ab auf die bestehenden Tarife eine Zuschlag von 25 Prozent gezahlt wird außer den 10 Prozent, die bereits auf Grund der Verordnung zur Streckung der Stoffe gewährt werden. Es ist also im ganzen ein Zuschlag von 35 Proz. auf die zurzeit bestehenden Tariffsätze zu zahlen, und zwar nicht nur auf die Grundlöhne, sondern auch auf

die Extrararbeiten. Statt der geforderten freien Lieferung der Rohzutaten haben die Unternehmer zugestanden, daß sie die Zutaten im Großen einkaufen und zum Selbstkostenpreise an die Arbeiter abgegeben werden. Die geforderte Verminderung der Serien konnte nicht erreicht werden, doch erklärten die Unternehmer, daß eine Verziehung in den Serien nicht vorgenommen werden solle. Mit dieser Regelung konnten sich die Arbeiter einverstanden erklären.

Die Runge betonte, entspricht die gewährte Lohnerrhöhung zwar nicht den herrschenden Teuerungszulagen, aber sie bedeutet infolgedessen ein günstiges Ergebnis, als es sich nicht um eine Teuerungszulage, wie in anderen Gewerben, sondern um eine dauernde Lohnerrhöhung handelt, die die Grundlage des künftigen Tarifs bildet. Auf dieser Basis kann in der Zukunft weiter gebaut werden. Dieser Erfolg ist der Organisation zu danken, die während des Krieges viel für die Kollegen erreicht hat. Es ist jetzt Sache der Kollegen, darauf zu achten, daß sie die ihnen zustehende Lohnerrhöhung überall bekommen. Auch muß die Organisationspflicht erfüllt und für die weitere Stärkung des Verbandes gesorgt werden, denn nur eine starke Organisation bietet die Gewähr für die Erhaltung und Verbesserung des Erreichten.

Die in Schraubenbetrieben beschäftigten Automatenrichter und Einrichter an Einzelbänken hatten am Sonntag eine außerordentliche Gruppenversammlung. Es wurde die Forderung der Lohnverhältnisse besprochen und die Frage aufgeworfen, wie sie auf die erforderliche Höhe zu bringen und auf dieser zu erhalten sind. Das Prämiensystem, wie es bei der Firma Stod eingeführt ist, wurde scharf kritisiert und als schädlich bekämpft. Im übrigen wurde festgestellt, daß die Löhne und Verdienste verschieden sind, auch die Einstellungslohn. Nicht angemessene Einstellungslohn sind ein Demotiv für Verbesserungen in anderen Betrieben. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß eine Erhöhung des Einstellungslohnes notwendig sei, um eine Grundlage für eine erfolgreiche weitere Ausgestaltung der Löhne und Verdienste der Einrichter an Schraubenautomaten und an Einzelbänken zu erreichen. Es wurde beschlossen, den Einstellungslohn auf 1,75 M. für die Stunde festzusetzen. Wo in den einzelnen Betrieben die Kollegen einen Lohn in dieser Höhe noch nicht erreichen, sollen in den nächsten Tagen Werkstattversammlungen einberufen und der Lohn von 1,75 M. als Mindestlohn gefordert werden. Durch den Beschluß werden die Kollegen, die eine neue Arbeitsstelle antreten, dazu verpflichtet, nicht unter 1,75 M. für die Stunde anzufangen.

### Aus dem Kriegsausschuss für Groß-Berlin.

Der Schreier Z. aus der A. E. G. wünscht einen Ablehrchein, weil ihm die Arbeit zu schwer ist. Der Vertreter der Firma ist auf Anfrage bereit, dafür zu sorgen, daß Z. leichtere Beschäftigung in einer anderen Abteilung erhält, ohne daß Z. in seinem Verdienst gekürzt wird. Sollten sich im Betrieb dieserhalb Schwierigkeiten ergeben, erhält Z. den Ablehrchein.

Der Arbeiter E. aus einem Betriebe der Seeresverwaltung wünscht einen Ablehrchein, da er die ihm zugewiesene schwere Arbeit, weil körperlich für ihn zu anstrengend, nicht ausführen kann. Aus diesem Anlaß hatte E. auch schon einige Tage nicht gearbeitet. Der Ladung zur Verhandlung vor dem Kriegsausschuss war die Betriebsleitung nicht nachgekommen, weil E. schon mehrere Tage nicht arbeitet. Der Kriegsausschuss stellt sich auf den Standpunkt, daß an sich zwar das Verlassen der Arbeit vor Entscheidung des Kriegsausschusses unzulässig ist, es aber doch, wie scheinbar im vorliegenden Fall, vorkommen kann, daß ein Arbeiter vor Entscheidung des Kriegsausschusses mit Recht die Arbeit niederlegt. Auf keinen Fall aber darf es als zulässig erklärt werden, daß eine Firma selbst darüber entscheidet, ob sie einer Ladung des Kriegsausschusses nachkommen will oder nicht. Der Ladung des Kriegsausschusses muß jede Partei, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, gleichviel um wen es sich handelt, nachkommen. In der Sache selbst wird dahin entschieden, daß der Arbeiter E. über seinen körperlichen Zustand ein ärztliches Attest beibringen soll, und wenn ein Attest seine Angaben bestätigt, steht ihm der Ablehrchein zu.

Sobann hatte sich der Kriegsausschuss wieder einmal mit einem leider nicht selten vorkommenden Fall zu beschäftigen, in dem ein Unternehmer Mißbrauch getrieben hat mit seiner Aufgabe, einen nicht mehr bei ihm beschäftigten Reklamierten bei der Militärbehörde abzumelden. Es handelt sich um die Firma R., die vor einigen Wochen wegen einer Beschwerde eines bei ihr beschäftigten Arbeiters vor dem Kriegsausschuss erschien. Dem Kriegsausschuss gelang es bei der damaligen Verhandlung, einen Ausgleich herbeizuführen. Die Sache war damit als erledigt betrachtet worden. Leider war dies nicht der Fall, denn bald darauf erschien der Arbeiter wieder und forderte nochmals den Ablehrchein, da die damals getroffene Vereinbarung von der Firma nicht eingehalten wurde. Die Firma hatte es bei dem zweiten Termin vorgezogen, nicht zu erscheinen. Infolgedessen wurde, wie dies in solchem Fall stets geschieht, auf Grund der Aussage des Arbeiters diesem der Ablehrchein erteilt. Trotzdem hier das Recht des Arbeiters, aufzuhören, feststand — denn das Nichterscheinen der Firma muß als Eingeständnis ihrer Schuld betrachtet werden — hat die Firma anstatt den Mann einfach als nicht mehr bei ihr beschäftigt der Militärbehörde zu melden, folgendes Schreiben an das stellvertretende Generalkommando geschickt:

Hierdurch teile dem stellb. Generalkommando höflich mit, daß der ungeb. Landst. R. geb. ... wohnhaft ... heute seine Arbeit in meinem Betriebe ohne Grund niedergelegt hat.

Die unterm 15. Januar d. J. eingereichte Reklamation ist hierdurch hinfällig und erlaube ich das Generalkommando, den pp. R. sofort zum Wehrdienst einzustellen.

R. gehört zum Wehrkommando II.

Wir bringen dieses Schreiben, das durchaus nicht eine seltene Ausnahme darstellt, sondern im Gegenteil leider in ähnlicher Form bei anderen Firmen an die Militärbehörde geschickt wird, in seinem vollen Wortlaut, um ein solches Vorgehen gebührend zu brandmarken. Der Kriegsausschuss stellte zunächst fest, daß die Angabe, wonach der Arbeiter ohne Grund die Arbeit niedergelegt hat, unzutreffend ist, daß im Gegenteil ein durchaus triftiger Grund zur Niederlegung der Arbeit für den Arbeiter vorlag. Des weiteren konstatierte der Kriegsausschuss einmütig, daß das Schreiben einen Unabdruck darstellt, mit dem die Firma sich an dem Mann rächen wollte. Leider sind in letzter Zeit mehrfach solche Fälle im Kriegsausschuss festgestellt, sodaß es als höchste Zeit erscheint, daß die Militärbehörde auf diesem Gebiete eine Wendung eintreten läßt, die einen derartigen Mißbrauch unmöglich macht.

## Aus der Partei.

Uebliche und angemessene Honorare. In einer „Verständigung“ an den „Vorwärts“ hat Julian Vorkhardt vor einiger Zeit behauptet, für sein Vorwort zu dem Karl Erdmannschen Buch nur das übliche und angemessene Honorar erhalten zu haben. Merkwürdigerweise schreibt jetzt auch in der „Leipziger Volkszeitung“ einer, der von der Entscheidung des Vortrages einiges zu wissen scheint, hierüber folgende Sätze:

„Ich und man — d. h. der Meister der Küche, in der dieses politische Kuchentrügerstück bereitet wurde, war nicht kleinlich und engberzig. Man konnte und wollte sehr hohes Honorar (im Original seit. Red. d. „Vorw.“) zahlen — wohlgerne auch für die gewöhnlichen Soldatentel — und man verlangte nicht einmal ein uneingeschränktes Lob des Buches. Nur Reklame, Reklame durch Leute, deren Name einiges Ansehen in der Sozialdemokratie genos.“

Auch und ist bekannt, daß der Verfasser des Buches gegenüber dritten Personen geäußert hat, er zahle drei bis vierhundert Mark für das Vorwort. Wir wissen nicht, ob Julian Vorkhardt diese Summe wirklich erhalten hat, aber wir haben festgestellt, daß sein Vorwort die Länge von 150 Druckzeilen, d. h. eines gewöhnlichen

Lehrtatkeils, hat. Er stellt also eine Leistung dar, für die die von Erdmann angebotene Summe bestreudend hoch erscheinen muß. Auf unsere Aufforderung, das tatsächlich erhaltene Honorar der Öffentlichkeit bekanntzugeben, hat Julian Vorkhardt bis heute noch nicht reagiert.

Dresden-Land. In einer gut besuchten Parteiverammlung in Dresden-Land sprach am Sonntag der Abg. Schöpflin über „Sozialdemokratie und Krieg“. Auch die Vorgänge in der Partei wurden von dem Redner und dem Genossen Kadmanu besprochen. Der Abgeordnete des Kreises, Horn, trat diesen beiden Rednern entgegen und vertrat, den Standpunkt der Arbeitgemeinschaft zu verteidigen. In einer mit allen gegen zwei Stimmen angenommenen Resolution wird bedauert, daß in Dresden-Land eine neue Organisation gegründet und der Postort der „Dresdener Volkszeitung“ beschlossen wurde. Die Versammelten erklären sich für die alte Kreisorganisation und veripreden, auch weiter eifrig für die Ausbreitung der „Dresdener Volkszeitung“ zu wirken.

Die dänische Sozialdemokratie erzielte bei den Gemeinde- wahlen einen erheblichen Stimmen- und Mandatszuwachs. Der Gewinn läßt sich jetzt für das ganze Land überblicken. Es wurden insgesamt 297 449 (1913: 285 775) Stimmen abgegeben; davon entfielen auf die sozialdemokratischen Listen allein: 139 750 (1913: 123 803) Stimmen. Die Partei gewann 16 447 Stimmen und 38 Mandate.

## Soziales.

### Lehrling oder ungelerner Arbeiter?

Der in Nr. 76 des „Vorwärts“ erwähnte Rückgang der Lehrlingszahl in Berlin von zirka 41 000 auf zirka 7000 stellt uns vor ein überaus ernstes Problem. Dieser Rückgang ist auffallend hoch, selbst wenn man seine mannigfachen Ursachen würdigt. Durch den eigentlichen Kriegsdienst wird zwar nur ein kleiner Bruchteil der Lehrlinge gefaßt worden sein, vorzugsweise allerdings in den besonders qualifizierten Berufen mit langer Lehrzeit. Auch die Wirkung des Hilfsdienstgesetzes kann sich in dem Rückgang der Lehrlinge noch nicht widerspiegeln. Dagegen wird die Einziehung zahlreicher Meister und Gesellen viele Lehrlinge von der ordnungsmäßigen Vorbereitung auf ihren Beruf losgerißt haben. Es fehlte an der Arbeitsstätte die richtige Unterweisung und der notwendige regelmäßige Betrieb des Ganzen, wodurch der Lehrling sicherer festgehalten worden wäre. Ein weiterer wichtiger Grund wird in der Umgestaltung zahlreicher Betriebe zu Filialen der Kriegswirtschaft zu suchen sein. Die Lehrlinge wurden ohne ihr Zutun, wenn auch sicherlich oft genug nicht wider ihren Willen, aus schlecht gefohnten Lehrlingen zu besser bezahlten jugendlichen Arbeitern.

In der Hauptsache aber wird der freie Wille der Lehrlinge die Schuld an dem bedauerlichen Rückgang tragen. Die Verführung ist zu groß. Soll er sich noch weiterhin bei seinem Meister als gebundener Lehrling plagen, ohne etwas Rechtes dafür zu bekommen, während sein gleichaltriger einstiger Schulkollege in der benachbarten Fabrik als „freier“ Arbeiter wöchentlich ein für seine Verhältnisse gehödiges Stück Geld nach Hause trägt? Dazu kommt die weitere Verführung, zu der die Unerfahrenen das viele Geld lockt. Die moralischen Ermahnungen aber sind lockerer als im Frieden. Der Vater ist im Feld, die Mutter arbeitet irgendwo in der Granatenfabrik, die Jugendbewegung hat keinen Einfluß auf ihn, seiner Gewerkschaft gehört der Jüngling noch nicht an. So ist es begreiflich, daß so viele Lehrlinge die erste beste Gelegenheit ergreifen, um ihrer Lehre zu entinnen und das Heer der „ungelernten“ Arbeiter zu vermehren.

Es ist begreiflich, aber darum doch tief bedauerlich! Das Ziel der Erziehung muß sein, jeden einzelnen zu einem wertvollen Gliede seines Berufes und damit der Gesellschaft zu machen. Nicht im Sinne ständischer und rüchständiger Berufsimpulse, wohl aber in der Erkenntnis, daß jeder Beruf seine Bedeutung für das Allgemeinwohl hat, daß von der richtigen Erfüllung aller Einzelberufsschichten in der richtigen Verknüpfung der Einzelarbeiten zum Ganzen der gesellschaftlichen Arbeit allein eine gute Grundlage für das gesellschaftliche Zusammenleben zu erwarten ist. Deshalb soll der einzelne seinen Beruf nicht als Last empfinden, sondern er soll mit ihm ver wachsen, in ihm aufgehen, für ihn streben, zugleich aber vom sicheren Boden seiner Pflichterfüllung im einzelnen auch den Zusammenhang mit der Gesamtheit nicht vergessen und auch dieser gegenüber seine Pflichten erfüllen. Diese schöne Forderung wird bei den „ungelernten“ Arbeitern schwer zu erfüllen sein, heutzutage fast gar nicht, in Zukunft vielleicht durch eine Reform unseres Erziehungswesens, die die Arbeit als wichtigsten Erziehungsfaktor in den Lehrplan einsetzt. Um so mehr muß angestrebt werden, daß die schul- enklaffen Jünglinge nicht den zunächst breiten und bequemsten Weg des „jugendlichen Arbeiters“ einschlagen, sondern den anfänglich engen und beschwerlichen Weg des Lehrlings. Denn später führt gerade der Weg des ungelerten Arbeiters durch Deden und Wüsten, während dem gelernten Arbeiter bewußt und unbewußt die Gegenströme zugute kommen, die aus der Kenntnis eines Berufs, aus seiner Beherrschung, aus dem Anreiz besonderer Leistungsfähigkeit entbriehen.

Nach dem Krieg wird es erste Pflicht der Pädagogen und Fortbildungsschulmänner, der Männer der staatlichen und gemeindlichen Schulverwaltung und des Handwerks und Gewerbes sein, die Wunden wieder zu heilen, die der Krieg der Heranbildung eines ordnungsmäßigen und leistungsfähigen Unterrichtes geschlagen hat. Zahlreich werden die jungen Arbeiter aus den Betrieben zurückströmen, deren bisherige Kriegsarbeit nunmehr ein Ende gefunden hat. Dann ist es notwendig, daß durch besondere Einrichtungen, durch besondere Kurse der Fortbildungsschulen, durch besondere Lehrwerkstätten eine abgekürzte Ausbildung ermöglicht wird. Solche Einrichtungen sind auch der Lehrlinge wegen notwendig, die durch den Kriegsdienst ihrer Ausbildung vor der Zeit entzogen worden sind.

## Eingegangene Druckschriften.

Unter Gaddburgs Banner. Von Oberst Wolf Belpé. Verlag Ullstein u. Co. Berlin SW 68.

Russisch-Litauen. Von A. Berbeis. 240 S. Verlag S. Schröder, Stuttgart.

Geschichte des Krieges. Von Hermann Stegemann. Vollständig in 3-4 Bänden. Preis des ersten Bandes geb. 14 M. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Das Abenteuer der Lady Glane. Von Otto Bietlich. 1 M. — Kronen-Verlag G. m. b. H., Berlin SW 68.

Illustrierte Geschichte des Weltkrieges 1914/17. Heft 120-127, monatlich ein Heft, 25 Pf. — Verlag Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Müller, Tempelhofer; für den äußeren Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Kautskün; für Postale: Th. Glane, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Stern 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

87. Sitzung. Dienstag, den 20. März, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Dr. Hefferich, Graf Roederer keine Anfragen.

Abg. Dr. Hefferich (Sp.) fragt, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um die zu Anfang des Krieges versprochene Freilassung der russischen Kriegsgefangenen zu erlangen...

Ministerialdirektor Kriege: Wegen der menschenwürdigen Behandlung unserer Landsleute ist gleich zu Anfang des Krieges nachdrücklich Protest erhoben worden...

Abg. Dr. Hefferich (Sp.) fragt, was der Herr Reichskanzler zu tun gedenkt, um angefallen der schlechten sanitären Einrichtungen in dem Gefangenenlager im Alexandra Palace zu London die englische Verwaltung in nachdrücklicher Weise an ihre menschenwürdigen Pflichten zu erinnern.

Ministerialdirektor Kriege: Sowohl von Neutralen sowie von Deutschen, die aus jenem Lager entlassen sind, ist berichtet, daß diese Verhältnisse in den sanitären Verhältnissen und in der Behandlung der Gefangenen zurzeit nicht mehr bestehen.

Abg. v. Bockh (L.) fragt, was der Reichskanzler zu veranlassen gedenkt, um die verheerliche weitgehende Aufschaltung des angefallenen sachverständigen Handels und Gewerbes bei der Errichtung von Preisprüfungsstellen...

Ministerialdirektor von Oppen: Soweit als es irgend möglich ist, wird weder der Großhandel noch der rein lokale Kleinhandel ausgeschaltet worden.

Kriegsabgabe der Reichsbank.

Der Gesetzentwurf über eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank für 1916, wonach von dem Gewinne der Reichsbank für das Jahr 1916 vorweg ein Betrag von 100 Millionen Mark dem Reiche überwiesen wird...

Zweite Lesung des Etats.

Sie beginnt beim

Etat des Reichsamts des Innern.

Die Kommission beantragt hierzu in einer Reihe von Resolutionen die Vereinfachung der Ausgaben für die Herstellung einer Großschiffahrtstraße von Schaffenburg bis zur Reichsgrenze bei Vaskau...

Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Hefferich:

Der Etat enthält zum ersten Male die Forderung der Schaffung eines neuen Unterstaatssekretärs im Reichsamt des Innern. Bis jetzt ist dieser Unterstaatssekretär nur eine vorübergehende Kriegserschickung...

Abg. Giesberts (Z.):

Die deutsche Volkswirtschaft hat auch im dritten Kriegsjahre alles erfüllt, was wir von ihr erwarten konnten. Ich bedauere diese Anerkennung auch auf die Reichsbehörden aus, die auch ihre volle Pflicht getan haben.

Der Redner beantwortet die weiteren die Resolutionen der Kommission. Die Fortschritte, die das Hilfsdienstgesetz gebracht hat, müssen auch für die Zeit des Friedens erhalten bleiben.

großen Rausch des Großkapitals

am Mittelstand. (Sehr richtig! im Zentr.) Eine besonders wichtige Aufgabe der Hebergangswirtschaft wird auch die mächtigste Steigerung der Lebensmittelzufuhr sowie Zufuhr von Sanitätsgut...

Unsere Arbeiterschutzeinrichtung feiert in diesem Jahre ihr 25jähriges Jubiläum. Gerade in diesem Jahre haben sich die legendären Folgen dieser Sozialpolitik gezeigt.



Bargeld zu Hause

anzusammeln und liegen zu lassen

ist töricht wegen der Gefahr des Abhandkommens und wegen des Zinsverlustes,

zwecklos weil in 2 1/2-jähriger Kriegsdauer der untrügliche Beweis erbracht ist, daß man im Bedarfsfalle gegen Kriegsanleihe immer Geld haben kann,

schädlich für die Allgemeinheit, weil unsre Feinde aus der Verzweiflung Schwachmütiger stets von neuem die Hoffnung schöpfen, uns unterzukriegen.

Was folgt daraus?

Klug, vorsichtig und nützlich handelt nur, wer sein ganzes Geld in Kriegsanleihe anlegt.



wirkung aller kirchlich-religiösen Kräfte, auch der katholischen Ordensgesellschaften im deutschen Volksleben und die Beseitigung aller Schranken, die dem entgegenstehen.

Abg. Hach (Soz.):

So günstig wie der Vordröner kann ich über unsere gegenwärtigen handels- und sozialpolitischen Verhältnisse nicht urteilen. Das Reichsamt des Innern ist den Aufgaben, die hier zu erfüllen waren, nicht voll gerecht geworden.

eine Verhöhnung der Arbeit.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Höhere Löhne hat nur ein Teil der Arbeiter, der in der Kriegsindustrie beschäftigt ist und auch diese Lohnserhöhungen reichen lange nicht an die Steigerung der Lebensmittelpreise heran.

Eine weitfichtige sozialpolitische Abstellung hätte auch Einbruch erheben müssen gegen die Art, wie jetzt Steuern vorgeschlagen werden, die die Lebenshaltung des Volkes noch mehr erschweren.

der Gewinn der Reichen

war. Das Wichtigste, was wir erreichen müssen, ist, der großen Masse der Bevölkerung die nötige Bewegungsfreiheit zu geben.

Eine gewisse Rücksichtnahme ist heute selbstverständlich; diese übt aber auch jeder ohne weiteres. Wir machen uns aber um das Vaterland viel mehr verdient, wenn wir die Beschwerden in die Öffentlichkeit bringen...

Klassenkampf und Klassenkampf

Wenn auch durch den Krieg nicht geändert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Geben Sie den Arbeitern, was sie brauchen, um sich weiter entwickeln zu können...

Abg. Dr. Stresemann (natl.):

Die Anklagen des Vordröners gegen die Mängel der Lebensmittellieferung treffen weniger das Reichsamt des Innern als die militärischen Stellen, deren Sache doch größtenteils diese Regelung während des Krieges ist.

große Massen von Kolonialen

in kurzer Zeit zur Lieferung angehalten worden, es ist aber erst nach geraumer Zeit eine Verteilung, und dann auch nur zur Hälfte das Angebot erfolgt.

Abg. v. Brauchhausen (L.):

Es ist sehr bedauerlich, daß man nicht schon lange vor dem Ausbruch der Vorbereitung auf einer wirtschaftlichen Rehabilitation gedacht hat.

Tammenlaufen. Was im Kriege noch als Best des Augenblicks in dieser Beziehung geschehen ist, ist der Initiative Seiner Majestät des Kaisers und Königs zuzuschreiben. Bei den Kriegsgesellschaftlichen sollte man nicht zu viel Geld für seine Reiten und Einrichtung ausgeben. (Sehr gut! mehr.) Auch dürfen die Kriegsgesellschaften nicht allzu hohe Gehälter zahlen, um in den Privatbetrieben die besten Kräfte wegzunehmen. Eine Trennung der Wirtschaft- und Sozialpolitik halten wir für ausgeschlossen. Diese Gebiete greifen so ineinander über, daß dadurch nur neue Notstandsmaßnahmen entstehen würden. Die Wohnungsfrage muß weiter im Auge gehalten werden. Zu der Sozialpolitik in Deutschland auch heute noch der erste Staat der Welt. Jetzt im Kriege aber große sozialpolitische Maßnahmen zu treffen über die vorgezeichneten Ausnahmen wieder zu beschränken, halten wir für unmöglich. Die Gegensätze zwischen Arbeitern und Arbeitgebern werden sich in Zukunft mildern lassen, wenn alle nur das Interesse des Vaterlandes im Auge halten. (Beifall rechts.)

### Abg. Piesching (Sp):

Eine Trennung des Reichsanwalts des Innern könnte leicht zur Verschärfung der Gesetze führen. Es wäre ein unzulässiger Zustand, wenn wir etwa einen Staatssekretär für Arbeiter und einen für Arbeitgeber hätten. Gewiß erfordert die Sozialpolitik einen ganzen Mann für sich, aber die haben all der verschiedenen Gebiete des Reichsanwalts des Innern nicht in einer Hand zusammenlaufen. Für die Reichsanwaltschaft auf dem Gebiete der Kriegsgesellschaften in der Staatssekretär des Reichsanwalts des Innern nicht veranwortlich, aber er sollte wenigstens der Schaffung noch weiterer solcher Gesellschaften energischer Widerstand entgegenstellen. — Wenn ich noch ein- und Ausfuhr betrachte, so sollte man sich darüber sein und dem nicht noch ständige Schwierigkeiten in den Weg legen. Mit der Beratung auf die sogenannten Kriegsgesellschaften wird häufig Mißbrauch getrieben. Auch die Verschärfung des Heinen Wirtschaftens gehört zu den Kriegsgesellschaften. Darauf sollte bei den Zusammenlegungen von Betrieben usw. nicht Rücksicht genommen werden. — Die Wassertrassen können planmäßig und einheitlich nur durch das Reich ausgebaut werden. Hier trifft in erhöhter Weise zu, was für die Eisenbahnen gilt. — Die Arbeiter wird man nach dem Kriege

### nicht mehr als Feinde der Gesellschaft

betrachten dürfen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat ihre nationalpatriotische Pflicht keinen Augenblick vergessen. Deshalb wird die Grundstellung ihr gegenüber nach dem Kriege eine andere werden müssen. Wir brauchen nach dem Kriege alle Kräfte, um unser Wirtschaftswesen wieder aufzubauen.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 1 Uhr verlegt. (Außerdem Etat des Reichsjustizsystems und der Reichseisenbahnen.)

Abg. Lechbauer (Soz. Arb.): Angefaßt der großen Ereignisse in Ausland bebauern wir, daß heute nicht der Etat des Reichsfinanziers zur Verhandlung gekommen ist. Sollte es den Bemühungen des Präsidenten nicht gelingen, den Reichsfinanzier zu bewegen, in der nächsten Zeit hier Rede und Antwort zu stehen, so werden wir bei nächster Gelegenheit beantragen, den Etat des Reichsfinanziers und des Anwärteramts zur Verhandlung zu stellen, damit endlich diese Fragen hier gründlich zur Befriedigung des ganzen Volkes hier erörtert werden können. Schluß gegen 7 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung, Dienstag, den 20. März 1917.

Vm. Ministerpräsident: Dr. Seifert.

Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung um 9<sup>15</sup> Uhr. Die Königl. Verordnung zur Bekämpfung der Rattenpest in Breslau (Stadt und Land) wird genehmigt. Es folgt die zweite und dritte Beratung der Gesetzentwürfe über die Abführung des juristischen Vorbereitungsdienstes und des Vorbereitungsdienstes zum höheren Verwaltungsdienst für Kriegsteilnehmer. Berichterstatter ist Abg. Dinslage (Z.).

Abg. Dr. v. Camp-Nelissen (N.) beantragt Gleichstellung von Hilfs- und Kriegsdienst.

Justizminister Dr. Seifert erklärt, daß der Hilfsdienst dem Kriegsdienst auch hier vollkommen gleichgestellt werden soll. Durch ein Reichsgesetz sollen die Verhältnisse im ganzen Reich vereinheitlicht werden.

Die Belege werden mit der vom Abg. v. Camp beantragten Veränderung angenommen.

Die Militärerziehung des Militäreinkommens zur Gemeindecinkommensteuer wird durch einen von dem Abg. Kandler (natl.) und Genossen beantragten Gesetzentwurf verlagert. Der Ausschuss beantragt durch den Abgeordneten Dr. Bredt (N.) Ablehnung. Inzwischen hat das Oberverwaltungsgericht jedoch das Beamtenprivileg für die eingezogenen Beamten wieder hergestellt und dadurch die Hauptbestimmungen beseitigt.

Abg. Kandler (natl.): Es darf kein Unterschied gemacht werden zwischen Berufs- und Reserveoffizieren resp. Offiziersstellvertretern. Das ganze Militäreinkommen dieser Kategorie soll gemäß meinem Antrag freibleiben.

Nach kurzer Debatte werden beide Anträge an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages auf Vorlage eines Gesetzentwurfes betreffend Steuerfreiheit der Kriegs-Beihilfen. Die Kommission hat einen Paragrafen angenommen, welcher lautet: „Die aus Anlaß der Kriegsteuerung bewilligten Zuschüsse und Zulagen der unmittelbaren und mittelbaren Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter des Reiches, des Staates und der Kommunalverbände sowie der geistlichen Lehrer, Beamten usw. der Studierendenverbände und anderer Religionsgemeinschaften sind frei von Staats- und Gemeindecinkommensteuer.“

Abg. Dr. König (Z.) beantragt, auch die Beihilfen an Privatangehörige Steuerfrei zu lassen.

Ein Antrag Braun und Gen. (Soz.) will anfügen: Desgleichen sind die während des Krieges den in privaten Betrieben Beschäftigten (Arbeitern, Angestellten, Gewerbeschülern, Dienstboten usw.) von deren Arbeitgebern bewilligten laufenden und einmaligen Teuerungszulagen von Staats- und Gemeindecinkommen frei.

### Abg. Daenisch (Soz.):

Auf das Verbotliche bedauere ich, daß die Regierung auf die Steuerbefreiung der Privatangehörigen und Arbeiter nicht eingehen will und sogar gedroht hat, lieber auch Beamte leer ausgehen zu lassen, wenn Arbeiter und Angestellte die gleiche Befreiung gewährt wird. Das Parlament darf vor einem solchen Unannehmbar der Regierung nicht ohne weiteres zurückweichen. Wir fänden ganz anders da, wenn das Zentrum fester geblieben

wäre. Das Unannehmbar der Regierung wäre wohl nicht gesprochen worden, wenn die Regierung sich einer geschlossenen und entschlossenen Mehrheit gegenübergestellt hätte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich verstehe nicht, daß praktische Schwierigkeiten die Durchführung unseres Antrages erschweren könnten. Die Steuerlisten in vielen Gemeinden sind abgeschlossen, der Personalbestand der Steuerbehörden ist verringert und es wird nicht leicht sein, die ganze Veranlagung zu wiederholen. Aber sollen wir deshalb nicht eine mögliche Besserung unternehmen? Nicht wir, sondern Sie stehen hier auf dem Standpunkt: Alles oder nichts! Weil nicht alle unmittelbaren Steuerzahler Einkünfte erhalten können, wollen Sie den Arbeitern und Angestellten auch keine gewähren! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zustimmung über das Scheitern unseres Antrages würde besonders in solchen Gegenden und Bezirken groß sein, in denen Staatsarbeiter und Arbeiter der Privatindustrie völlig durcheinandergewürfelt sind, wie in den Munitionsbetrieben, in den Werften und im Bergbau. Besonders schlimm wird es dann, wenn das Einkommen der Staatsarbeiter so wie für ein wenig höher ist als das der Privatarbeiter. Und wie will man es rechtfertigen,

daß der Staatsbeamte mit 3000 M. Gehalt seine Zulagen nicht zu besteuern braucht, während sein Kollege von der Privatindustrie, der vielleicht nur 2000 M. bezieht, die ihm gewährten Zulagen besteuern muß.

Das Oberverwaltungsgericht hat am 23. September 1900 ausdrücklich festgestellt, daß die im Falle eines außerordentlichen Verdienstes bezahlten Zulagen nicht der Steuerpflicht unterliegen. In etwa die Kriegsteuerung kein Anlaß, ein außerordentliches Verdienst anzuerkennen? Der Eisenbahnminister hat sich dieser Auffassung bei der ersten Beratung in Uebereinstimmung mit der Kommission angeschlossen, es steht also hier

### der Finanzminister gegen den Eisenbahnminister.

der zugleich Vizepräsident des Staatsministeriums ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Einkünfte der Verwaltung der direkten Steuern haben sich in dem gleichen Sinne ausgesprochen. Die vier Arbeitgeberverbände haben in einer Eingabe an das Haus ausdrücklich eine solche Regelung gefordert, wie wir sie beantragen, ebenso der Bund der technisch-industriellen Beamten und auch in einem Artikel der „Eingelassene Arbeiterzeitung“. Nutzen Sie noch den bitterbösen Erfahrungen in der Erwerbslosenfrage und noch den Vorgängen im Herrenhause dem Volke auch noch die Belastungsprobe der Ablehnung unseres Antrages? (Sehr wahr! links.) Wenn Sie die Bedeutung der Stimmung im Lande unterschätzen sollten, so lassen Sie sich von Hindenburg und Ludendorff eines Besseren belehren! Auch über allen formalen Bedenken und über allen Rechtsfragen steht die politische Notwendigkeit. Ein Unausgeglichen gibt es in diesem Kriege nicht. Wenn irgendwo, so sollen hier die Interessen der Arbeiter und Angestellten mit den Interessen des Vaterlandes verflochten zusammen. Im Interesse der Arbeiter wie im Interesse des Vaterlandes bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall rechts links.)

Finanzminister Dr. Lohse bittet, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen, es handele sich nicht um fiskalische Bedenken, aber es könne zu eigentümlichen Verhältnissen führen, wenn die nicht-kontrollierbaren Zulagen in Privatbetrieben steuerfrei gemacht werden sollten.

Abg. Gramowski (Z.) verteidigt seine Partei gegenüber dem Abg. Daenisch, nimmt aber den Zentrumsantrag wieder auf und redet dem Minister zu, ihn doch anzunehmen.

Abg. v. Bardenheim (L.) bekämpft die Anträge besonders mit den Schwierigkeiten der Veranlagung.

Abg. Schmitz (Sp.): Bei einem guten Willen des Finanzministers wäre eine Einigung möglich gewesen. Wir könnten aber die Verantwortung nicht übernehmen, wenn infolge des Unannehmbars der Regierung durch Annahme der Anträge die Steuerfreiheit der sozialen Zulagen gefährdet würde.

Der sozialdemokratische und der Zentrumsantrag werden abgelehnt, der Ausschussantrag in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Rittwoch 11 Uhr: Anträge, Kommissionsbericht über die Z. C. S., Kommissionsbericht über Lohnausgleich in Groß-Berlin.

Schluß: 6<sup>15</sup> Uhr.

## Parlamentarisches.

Der Arbeitsplan des Reichstags. Der Seniorensenat beschäftigt sich am Dienstag mit der Erledigung der Arbeiten des Reichstags. Die im Haushaltsausschuss erledigten Etats werden der Reihe nach zur Beratung gestellt werden. Der Etat des Reichsfinanziers und der des Auswärtigen Amtes gelangen voraussichtlich Montag und Dienstag zur Verhandlung. Die Frage der Schutzhaft wird einer besonderen Beratung unterzogen.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion beschloß in ihrer Sitzung am Dienstag, für den Justizetat die Abg. Heine und Landeberg, für den Postetat den Abg. Landadel als Redner zu bestimmen. Zu den eisenlothringsischen Fragen wird als erster Redner Abg. Wendel sprechen.

## Nochmals der Salvarsanfrage.

Genosse Konrad Haenisch sendet uns zu dieser Frage eine weitere Zuschrift, in der er schreibt:

Die dritte Lesung des Etats bietet mir zu meinem großen Bedauern keine Gelegenheit, von der Parlamentarischen Tribüne herab auf den mehr als eigenartigen Verschönerungsversuch zu antworten, den die Regierung durch ihre in der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichte Salvarsanfrage unternehmen hat. Ich muß daher in der Presse antworten. Zudem ist mir weiteres, besonders über den von der Regierung mit so herabem Stillschweigen übergangenen Salvarsanwucher vorbehalten, für heute nur folgendes:

1. Der Salvarsanwert spielt nicht erst seit heute und gestern, schon am 8. März 1914 hatten die dem Reichstage angehörige Ärzte die Regierung über die bereits damals erschreckend häufigen Salvarsanfälle interpelliert. In seiner Antwort wies der Ministerialdirektor Jönagies darauf hin, daß für Salvarsanfälle und Salvarsanabwägungen keine Anzeigepflicht bestehe. Die Regierung sei also nicht in der Lage, mitzuteilen, wie es mit diesen Dingen stehe. Trotzdem nun 1917 jene Anzeigepflicht ebenso wenig besteht wie 1914, ist heute plötzlich die Regierung merkwürdigerweise in der Lage, nun doch mit einer Statistik aufzutreten. Diese Statistik ist aber auch danach!

2. Ihr famoses Material hat die Regierung nur dadurch gewinnen können, daß sie ihre Kundfrage auf ein paar Hundert willkürlich ausgesuchte Krankenanstalten beschränkte, deren Leiter fast durchweg ebenso vom Salvarsanbegriff beherrscht sind wie die Regierung selbst. Warum hat die Regierung nicht die gesamte deutsche Ärzteschaft befragt? Dann wäre ein wesentlich anderes Bild herausgekommen! Denn wie wir von Ärzten aller Parteifarben und aller Konfessionen übereinstimmend berichtet wird, ist die Salvarsangegenwartigkeit unter den deutschen Ärzten in hartem und ständigem Zunehmen begriffen. Wahrscheinlich bilden unter den deutschen Ärzten die Salvarsanfeinde heute schon die Mehrheit.

3. Die Statistik ist auch schon deshalb völlig wertlos, weil sie sich nur auf einen Zeitraum von etwa drei Jahren erstreckt. Denn erst Ende 1910 wurde das Salvarsan den Ärzten freigegeben und die Statistik reicht nur bis Anfang 1914. Nun weiß aber selbst der Laie, daß die Syphilis eine Dauerkrankheit ist, deren Verlauf sich unter Umständen auf anderthalb bis zwei Jahrzehnte erstreckt. Wie kann und da eine amtliche Veröffentlichung ernsthaft etwas von guten Heilwirkungen dieses Mittels erzählen. Selbst die medizinischen Fachblätter geben offen zu, daß man kein endgültiges Urteil über den Heilwert des Salvarsans mindestens bis zum Jahre 1927 verziehen mußte. Das einzige, was wir bisher positiv wissen, ist die Tatsache, daß seit der Einführung des Salvarsans, d. h. seit dem Jahre 1910, wie die Statistik bis 1913 ausweist, die Zahl der Syphiliserkrankungen zugenommen hat.

4. Schon seit Ende 1910 wird das Salvarsan für sich allein überhaupt nicht mehr angewandt, sondern nur noch in Verbindung mit Quecksilber. Wenn Mensch kann also beurteilen, wieviel von den angeführten Heilwirkungen auf das Konto des Quecksilbers und wieviel auf das Konto des Salvarsans entfällt. Nach der Logik der „N. N. Ztg.“ könnte man auch das Brunnenwasser als ein vorzügliches Desinfektionsmittel bezeichnen, wenn man es nämlich gründlich mit Karbol vermischt!

5. Es ist völlig sinnlos, wenn die „N. N. Ztg.“ die angeblich so geringe Zahl der Salvarsanfälle in Vergleich stellt zu den Gesamtinfektionen im Deutschen Reich überhaupt. Nach dieser Berechnung würden den 500 000 bis 600 000 im Deutschen Reich jährlich zu verzeichnenden Gesamtinfektionen in der Zeit nur 100 bis 200 Salvarsanfälle (soweit würde nämlich die Prozentberechnung des offiziellen Materials nur ergeben) gegenüberstehen. Etwas mehr Sinn hätte es schon, wenn 100 bis 200 von der Re-

gierung jetzt angegebener Salvarsaninfektionen die nur 100-jährigen Todesfälle an der Syphilis selbst gegenüberzustellen. Da wäre das Bild gleich wesentlich anders.

6. Aber die von der Regierung angeblich ermittelte Ziffer der Salvarsaninfektionen scheint schon deshalb völlig in der Luft, weil ja, wie gesagt, gar keine Anzeigepflicht für Salvarsaninfälle besteht. Welcher Arzt wird ganz von selbst zur Bekunde lauten und ihr mitteilen, daß sein ein Patient nicht an der Krankheit, sondern an seiner, des Arztes, Behandlung gestorben sei? Die Salvarsaninfälle, die häufig bereits im Beginn der Erkrankung nach den ersten Injektionen eintreten, erscheinen in der Statistik fast durchweg als Herzschlag oder unter einem ähnlichen Signum!

7. Wie sich die Ärzte begriffenweise nicht ohne Not durch freiwillige Anzeige den Möglichkeiten strafrechtlicher Verfolgung aussetzen, so haben auch die Angehörigen der Salvarsaninfektionen meist ein lebhaftes Interesse daran, über den Vorgang nichts in die Öffentlichkeit kommen zu lassen.

Genosse Daenisch zählt weiter eine Reihe von Vätern verschiedener Parteifarben auf, die sich gleichfalls gegen das Salvarsan ausgesprochen, um zu schließen: „Da fast die gesamte Nachpresse den ärztlichen Salvarsanangelegten heutzutage verschlossen ist, haben die Parlamente und hat die Tagespresse die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, hier nach dem Nechten zu fragen.“

Wir können dazu nur wiederholen, daß diese Frage von Fachleuten entschieden werden muß und daß einer aus Richtungen bestehender Heftigkeit ein Urteil über die Möglichkeit oder Schädlichkeit eines Heilmittels nicht zusetzt. (Red. d. Vorwärts.)

## Aus Groß-Berlin.

### Merkwürdige Diebstähle.

Wern sei es von uns, die alte Broudhon-Lehre zu entwickeln, daß Eigentum Diebstahl sei. In solche wissenschaftlichen Spitzfindigkeiten wollen wir uns gar nicht verkehren; dazu plagt uns die tägliche Sorge viel zu sehr. Aber ist es nicht eine erfreuliche Veränderung der Ernährungsfragen für den Augenblick und die nächste Zukunft, wenn wir hören, daß da und dort in Groß-Berlin ungerufene Gäste aus einem Laden ganze Zentner Käse, ganze Tonnen Butter, schöne Pasten Kakao weggeräumt haben? Gut, die Butter mag zur Verteilung in 50-50-Gramm-Rationen bereit gelegt haben; der Kakao mag beschlagnahmt gewesen sein und bleibt es, bis die Reichszentrale mit der Ausarbeitung eines ähnlich sinnreichen Verteilungsschlusses fertig ist, wie zu Weihnachten mit den Gemüsekonserven. Aber Käse, richtig getrocknete Schweizerkäse? Den gibts doch seit Monaten nicht mehr, und auch die Gemeinden können uns keinen mehr geben, weil es eben keinen gibt. Und da sollen diese bei einem ehrbaren Kaufmann gleich ein paar Zentner Käse weggeholt haben? Es wird eine Täuschung gewesen sein: da der Kaufmann doch gewiß keinen Käse hatte — seine Kunden werden es wohl bestätigen können —, so kam ihm auch keiner gestohlen worden sein. Sollte aber die Nachricht doch stimmen? Um so besser, dann beweist sie, daß wir doch noch nicht aller Vorräte bar, und nur, daß die Herren Langfinger weislicher und findiger sind als unsere Ernährungsbehörden.

### Der Krieg und die Gastwirte.

Man schreibt uns: Ueber die Schaffung eines Zentralverbandes deutscher Biervereinigungen berichtet man in Berlin 70 Vertreter von 23 größten deutschen Gastwirteverbänden mit über 90 000 Mitgliedern. Der Verhandlungsführer Bräutigam-Breschneider ist auf dem Weg nach dem Krieg verurteilten Reichstag der Gastwirte, für den nur bei gemeinamen Vorgehen eine Abhilfe zu hoffen sei.

In Zusammenhang mit diesen Bestrebungen stand eine Erklärung von Obiglo-Berlin, dem zweiten Vorsitzenden des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte, der einen gegen den ersten Vorsitzenden Liffin-Berlin vertriehen Angriff von Rüniger-Hamburg als Schandgeschiff fernschickte und Mitteilung machte von dem durch einstimmigen Vorstandsschluß erfolgten Ausschluss Rünigers aus dem Verband und von der Entlassung einer Lage gegen ihn. Strauß-Berlin, Vorsitzender des Gastwirteverbandes für Berlin und die Provinz Brandenburg, unterstützte die Verurteilung für Liffin.

Die Notwendigkeit des seit langem existierenden Zusammenschlusses der deutschen Gastwirteorganisationen wurde von Wagner-Beipzig begründet in einem Referat über die allgemeine Lage des Gastwirts-gewerbes. Schon vor dem Kriege sei es dem Gastwirt schwer genug ergangen, weil er immer mehr in Abhängigkeit vom Kapital geriet. Der Krieg mit all seinen Beschränkungen des Gastwirts-gewerbes, den Lagenverboten, den Kürzungen des Holzpreises, der Herabsetzung des Bierquantums usw. habe zu allerhöchsteren Schädigungen geführt. Manches davon wolle man sogar in die Friedenszeit hinübernehmen, z. B. die Polizeistundenbeschränkung, für die sich die Städte ins Zeug lege, auch die Polizeiarbeitsbeschränkungen, durch die wohl das Volk zum Sparen angehalten werden solle. Die bisherige Uneinigkeit habe den Gastwirten bei den Behörden geschadet, so daß diese ihnen auf Klagen schon genantwortet hätten: „Geben Sie nach und werden Sie erst mal einig!“ Nur Einigkeit könne den Gastwirten Einfluß erzwingen und Gehör beschaffen.

Die Diskussion begann mit einer eindringlichen Räumung von Peter-Rüniger, sich zusammenschließen ohne Unterschied der Partei, der Religion oder sonstiger doch Gewerbe nicht beruhender Interessen. Strauß-Berlin sprach von den des Gastwirts-gewerbes bedrohenden Gefahren, von der Koalition der Großbrauereien, von dem Ruf nach einem Verbrauchsnachweis, von der Agitation der Gastwirts-reformer und Wirtinnen, wobei er die Forderung eines Verbotes des Trinkwanges von abstinente Arbeitern auf's Neue hob. Bei seinen Ausführungen über Ausschließungen des „Deutschen Gastwirteverbandes“ beschloß die Vertreter dieser Organisation den Esal. Nachdem die Gegenläufe aufeinandergeplagt waren, wurde die ganze folgende Diskussion beherrschend von der Forderung zur Einigkeit, sei es selbst zur Einigkeit ohne den „Deutschen Gastwirteverband“. Liffin-Berlin wollte freilich, daß die Gastwirteverbände ihre Koalition von vornherein garantieren. Eine tabuläre Resolution gegen sie, eingehend durch Japs-Rüniger vom Verband der freien Gast- und Schankwirte, wurde einstimmig angenommen.

Beischloß wurde die Konstituierung des Zentralverbandes deutscher Biervereinigungen. Die Vertreter von 13 Vereinigungen erklärten den Beitritt vorbehaltlos; die Vertreter der übrigen 10 Vereinigungen stimmten gleichfalls für Konstituierung, doch mit dem Vorbehalt der Zustimmung ihrer Mitglieder. Die vorgelegten Satzungen wurden genehmigt. Als des Zentralverbandes in Berlin. Die Vorstandswahl ergab: Vorsitzender: Weigenfels, Kassier: Beipzig, Liffin-Berlin, Peter-Berlin, Strauß-Berlin, Wolpert-Berlin, die sich ihren Namen hielten werden. Angenommen wurde eine Resolution, die wegen der „Sommerzeit“ eine Verlängerung der Polizeistunde fordert, und eine Resolution, die unter Betonung der zunehmenden Abhängigkeit des Gastwirts-gewerbes vom Großkapital den bestehenden Gastwirtsvereinen die dringliche Zusammenarbeit zur Pflicht macht.

### Der Suchenverkauf über die Strafe.

Das Kriegsministerium teilt mit: Die Suchenverordnung des Berliner Magistrats vom 9. Februar 1917 bestimmt u. a., daß in Betrieben, in welchen Brot gewerbmäßig hergestellt oder feilgehalten wird, Suchen oder Listen weder hergestellt noch feilgehalten werden dürfen. Nur die Betriebe, denen vor dem 1. Februar d. J.

**Ausführerlaubnis** erteilt ist, dürfen diese Waren zum Verzehr in den Räumen ihres Geschäftsbetriebes abgeben oder nicht über die Straße verkaufen. Auf das eigentliche Konditorergewerbe findet diese Bestimmung keine Anwendung. Geschäfte, die als Konditorien anzusehen sind, haben die Berechtigung, aber auch die Verpflichtung, ihre Waren auch über die Straße abzugeben. Für die Preise der einzelnen Kuchenorten und Pasten sind vom Magistrat für Selbstversteiler und Nichtselbstversteiler für den Verkauf über die Straße und zum Verzehr in den Räumen des Geschäftsbetriebes je besondere Preise festgesetzt worden.

Das Inkrafttreten dieser Magistratsverordnung hat verschiedene Konditorien Berlins veranlaßt, ihren Geschäftsbetrieb zu ändern. Sie machen durch Aushang bekannt, daß Kuchenverkauf über die Straße nicht mehr stattfindet. Andere geben im Lokal ihre Erzeugnisse nur ab, wenn zugleich Getränke (Schokolade oder Kaffee) entnommen werden. Dieses Verfahren verstoßt gegen kriegswirtschaftliche Bestimmungen und kann nicht geduldet werden. Wird die Abgabe von Kuchen über die Straße unzulässigerweise verweigert oder von gleichzeitiger Entnahme von Getränken zum Verzehr im Lokal selbst abhängig gemacht, so liegt eine Verletzung der Vorschriften betreffend Höchstpreise und übermäßige Preissteigerung vor. Die Abgabe der berechtigten Interessen des Lesenden Publikum der Zeitung, daß an der freien Abgabe der Bäckerei- und der Konditorwaren im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nichts geändert wird. Zuwiderhandlungen und Umgehungsversuche dieser Bestimmungen werden in jedem Falle strafrechtlich verfolgt werden.

### Berliner Lebensmittelnachrichten.

Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Abholung des Bezugscheins auf ein Huhn oder Kaninchen bis Sonnabend, den 24. März, bei der zuständigen Brotkommission erfolgen muß. Nachträgliche Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

### Die Schlacht- und Schaugebühren

Sollen auf dem Berliner Schlachthof auch im Verwaltungsjahr 1917/18 in der schon seit mehreren Jahren unverändert gebliebenen Höhe erhoben werden. Der Haushaltplan des Vieh- und Schlachthofes schließt mit einem Zuschußbedarf ab, dessen Deckung durch ein Mehr von Schlacht- und Schaugebühren gesetzlich zulässig wäre. Der Magistrat will aber mit Rücksicht auf die durchgeführte Regelung der Vieh- und Fleischverteilung und auf die ebenfalls ungewöhnliche Höhe der Fleischpreise eine Erhöhung der Gebühren unterlassen. Die Schlacht- und Schaugebühren würden danach, wie bisher, betragen: für ein Kind 2,00 M., für ein 0,90 M., für einen Ferkel 1,40 M. und 0,90 M., für ein Kalb 0,30 M. und 0,45 M., für ein Schwein 1,35 M. und 1,15 M., für ein Schaf 0,20 M. und 0,25 M., für eine Ziege 0,20 M. und 0,25 M. Eins sollte man dabei nicht vergessen, nämlich die in den letzten Jahren eingetretene Minderung des durchschnittlichen Lebendgewichts (in Kilogramm): bei den Kindern von 508<sup>1</sup>/<sub>10</sub> auf 418, bei den Kälbern von 102<sup>1</sup>/<sub>10</sub> auf 90<sup>1</sup>/<sub>10</sub>, bei den Schweinen von 108<sup>1</sup>/<sub>10</sub> auf 84<sup>1</sup>/<sub>10</sub>, bei den Schafen von 43<sup>1</sup>/<sub>10</sub> auf 39<sup>1</sup>/<sub>10</sub>. Hieran gemessen, kommt die Beibehaltung der gleichen Gebührensätze einer Erhöhung gleich.

### Ein wichtiger Bundesgenosse bei der Tuberkulosebekämpfung.

Am dem dritten von der Zentralkommission der Krankenlosen Berlins und der Vorortdekanatskommissionen sprach Doktor Dr. Goldheim über die Lungentuberkulose, ihre Gefahren und ihre Bekämpfung. Er zeigte in seinem durch reichliche unterstützten Vortrag die wahre Bedeutung dieser Volkskrankheit, die gewaltige Zahl ihrer Opfer, den bedeutenden Umfang auch des durch sie verursachten wirtschaftlichen Schadens. Aber er lenkte zugleich auf die bereits erkennbare Eindämmung der Tuberkulose, auf die seit langem beobachtete fortschreitende Besserung der Tuberkuloseherdlichkeit hinweisen. Die Notwendigkeit einer über die Krankheitsauslösenden Befehring, wie sie in diesen Vortragsveranstaltungen der Krankenlosen geboten wird, tritt bei dem Kampf gegen die Tuberkulose besonders deutlich hervor. Immer tiefer ist in die Kreise der Bevölkerung die Erkenntnis gedrungen, daß ein wichtiger Bundesgenosse für eine planvolle Tuberkulosebekämpfung der Kranke selber

ist. Verhaltensmaßregeln, wie der Vortragende sie forderte, werden schon lange nicht mehr tauben Ohren geschmeichelt. Mehr und mehr haben die Kranken sich gewöhnt, eine Weiterentwicklung der in ihrem Speichel und ihrem Auswurf enthaltenen Krankheitskeime möglichst zu verhindern, auf Absonderung von den Gesunden bei Benutzung von Geschirren, Wäsche und Bett zu achten und so weiter. Goldheim hob hervor, daß der Kampf gegen die Tuberkulose schon bei dem durch Tuberkuloseanlage gefährdeten Kind zu beginnen hat, daß für Erziehung und Berufsarbeit dieser Geschäftspunkt maßgebend sein muß. Für die Hygiene der Berufs- und Erwerbsarbeit forderte er eine Ergänzung durch ständige Gesundheitsüberwachung der Arbeitermassen großer Betriebe, um zeitig die Kranken zu ermitteln. Unter den zur Bekämpfung der Tuberkulose geschaffenen Einrichtungen nannte er neben Lungenheilstätten und Wadlerholungsstätten als wichtiges Glied die Fürsorgestellen für Lungenkranke.

### Das Kino im Dienst der Schule und Volkserziehung.

Vor wenigen Tagen wiesen wir darauf hin, daß es die Pflicht der Gemeindeverwaltungen sei, aus Gründen der Jugenderziehung Kinobesuche zu unterbinden. Jetzt kommt aus Stettin die Nachricht, daß die dortige Stadtverwaltung bereits bei Kriegsbeginn eine Kinobesuchverbote „Urania“ gegründet habe, mit der sehr gute Erfahrungen gemacht worden sind. Zugleich erfahren wir, daß das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht während der Osterferien in Stettin einen Kursus veranstaltet wird, der in Verbindung mit der „Urania“ stehen und über das Kino im Dienst der Schule- und Volkserziehung unterrichten soll. Es werden Vorträge über „Allgemeine Bildung und Zusammenfassung von Bildfolgen für Kinder und Erwachsene“, über „Die Psychologie der Kinobilder“, und über „Kunstvermittlung“, eine Aufgabe neuerzeitlicher Gemeindefürsorge, gehalten werden. Der Leiter der „Urania“ wird die Zuhörer über die Technik und Verwaltung von Kinobildschirmen informieren und Schulmänner werden die Prüfung und Auswahl von Bildern für Schulvorstellungen sowie die Behandlung von Bildern aus der Erd- und Völkerverhältnisse, der Biologie, Pflanzen- und Tierkunde und von Bildern unterhaltenden Inhalts zeigen. Ferner findet eine praktische Einführung in die Handhabung der Vorführungsapparate statt. Der Lehrgang ist vor allem für Gemeindeverwaltungen bestimmt, die sich mit den bisherigen Ergebnissen der Kinoreform vertraut machen wollen.

**Städtische Volkserziehung.** Am 26. März wird im Erdgeschoss des Hauses Raugarder Straße 45 die 66. Ausgabestelle eröffnet. Die Ausgabe der Teilnehmerkarten erfolgt zum ersten Male in der Zeit vom 19. bis 22. März in den Mittagsstunden von 12 bis 13 Uhr. Die Teilnahme kann wochentags, beginnend am Montag, den 20., unter den üblichen Bedingungen stattfinden. Die für die Teilnahme wochenlang geltenden Fleisch- und Kartoffelkarten sind zur Abtrennung der nötigen Abschnitte vorzulegen. Die Bezahlung der Speisen erfolgt täglich bei der Entnahme der Speisen, jedoch wird Sonntag bei der Speisenausgabe nur berücksichtigt, wer Freitag bereits für Sonntag vorausbezahlt hat.

**Einlenkung bei der Straßenreinigung.** Gleis- und Schienenarbeiten an der Charlotten- u. Eder- u. Leipziger Straße werden für die Nacht vom 22. zum 23. März von 12 Uhr ab und für die Nacht vom 23. zum 24. März von 10 Uhr ab die Umleitung der durch die Charlottenstraße

führenden Leipziger Straße beschleunigten Linien erforderlich. Es werden verfahren:

Linie 43, 53, 55 zwischen Leipziger- u. Charlottenstraße und Französische Straße bzw. Werderscher Markt über Leipziger Straße, Jerusalemstraße, Hausvogteiplatz, Oberwallstraße, Französischer Platz bzw. Werderscher Markt;

Linie 34 von der Leipziger Straße durch die Planer-, Kanonier-, Französische Straße; Linie 78 zwischen Leipziger u. Charlottenstraße und Behrenstraße über Leipziger Straße, Jerusalemstraße, Hausvogteiplatz, Oberwallstraße, Französische Straße, Charlottenstraße, Behrenstraße; Linie 88 über Jerusalemstraße, Hausvogteiplatz, Oberwallstraße, Französische Straße bis Kanonierstraße. Die nur bis zur Behrenstraße verkehrenden Wagen der Linie 35 fahren von der Leipziger Straße, Ede Charlottenstraße, über Leipziger Straße, Jerusalemstraße und weiter wie Linie 88 bis Kanonierstraße.

**Eine Werbeversammlung für die Kriegsanleihe.** Wie uns geschrieben wird, findet am nächsten Sonntag, mittags 12 Uhr, im Circus Busch eine allgemeine Kundgebung für die 6. Kriegsanleihe statt, auf der der Oberbürgermeister von Berlin und der preussische Finanzminister Anreden gehalten werden. Ferner soll dort ein starker vierstimmiger Chor von Berliner Gemeindeführern vaterländische Lieder singen.

**Eine öffentliche Aufforderung zur Meldung für den vaterländischen Hilfsdienst.** Die Berliner Polizeipräsident erläßt, findet sich im Anzeigenteil unserer heutigen Nummer. Wir weisen unsere Leser auf diese Aufforderung hin.

### Ein Faß Wasser für 21 200 Mark!

Ein großer Warenschwinder wurde am Montag durch die Verhaftung eines Fabrikanten aus der Pausch hier in Berlin unschuldig gemacht. Der Fabrikant erhielt von einer Firma „E. B. C. u. H. Kreuzer, Dammstraße 21“ ein Angebot auf 1450 Kilogramm Zinn. Die Ware sollte 21 200 M. kosten. Er schloß das Geschäft ab und erwartete den Eingang nach der Vereinbarung. Der Duplikatfrachtkosten kam dann auch an und lautete über diese Menge, die in vier Fässern abgehandelt sein sollte. Der Abnehmer verlangte, wie das bei allen diesen Geschäften üblich ist, sofortige Zahlung des Kaufpreises. Gerade diese Bestimmung haben nun aber alle Warenschwinder zu Bentezügen auszunutzen verstanden. Deshalb war der Fabrikant vorsichtig und hielt den Abnehmer etwas hin, um Zeit zu erkundigen zu gewinnen. Als dieser behauptete, daß er das Geschäft rückgängig machen werde, wenn nicht sofort Zahlung erfolge, gab er einen Wertbrief mit 21 200 M. auf und teilte ihm das zugleich mit. Er setzte sich dann auch mit der Bahn in Verbindung und hörte, daß ein Faß von 22 Kilogramm eingetroffen sei. Der Fabrikant wunderte sich schon, daß die anderen drei Fässer nicht da waren und wagte sich nicht zu erklären, wo sie geblieben sein könnten, weil nach der Abschrift des Frachtbrieves alle vier zu gleicher Zeit abgehandelt sein sollten. Es öffnete das eingetroffene Faß und fand darin statt des Zinns nur Wasser! Jetzt fuhr er mit dem nächsten Zuge nach Berlin, und hier gelang es ihm gerade noch, die Auslieferung des Wertbrieves an den Verkäufer zu verhindern. Kreuzer erwartete schon den Postboten mit dem Geldbrief, statt seiner aber erschien der Fabrikant mit einem Kriminalbeamten, der ihn nach dem Polizeipräsidenten brachte. Es ergab sich bald, daß man einen guten Fang gemacht hatte, Kreuzer besaß sich früher mit dem Diebstahl von Fernsprechröhren und wurde deshalb gefaßt. Obwohl schon seit langem ohne rechtlichen Erwerb, hatte er sich in der Knibbeler Straße ein sehr möbliertes Zimmer für 150 M. den Monat gemietet. Seinen Wirtheuten gegenüber nannte er sich von Krauziger-Krauziger. Unter diesem Namen stand er auch mit jungen Damen in Verbindung, wahrscheinlich um sie durch Heiratschwinder um ihr Geld zu bringen.

**„Surche beim Hauptmann Stahl.“** Einen besonderen Anstoß wandte ein falscher Feldgrauer gegenüber einer Hausfrau in Wilmersdorf an. Diese suchte durch die Zeitung ein Dienstmädchen. Bei ihr meldete sich ein Mann von etwa 33 Jahren in der Uniform eines Gardisten, empfahl ihr seine Schwester, Hedwig Schmidt aus der Großen Wasserstr. 12 in Köpenick und übergab ihr zugleich ein Bild, das ihn selbst, eine Frau und seine angebliche Schwester darstellt. Der Mann erzählte dann noch, daß er Surche beim Hauptmann Stahl in Friedenau sei und für diesen nach Köpenick fahren müsse, um Lebensmittel zu holen. Er ließ durchblicken, daß er nicht abgeneigt wäre, auch der künftigen Dienstherrin seiner Schwester etwas mitzubringen. Die Hausfrau wollte gern diese Gelegenheit wahrnehmen, gab dem Manne im voraus 20 M. mit, wartete aber vergeblich sowohl auf die Lebensmittel wie auf die Hedwig Schmidt. Alles erwies sich als Schwindel.

Unter den Häusern der Straßenbahn. Vor dem Siemensschen Verwaltungsgebäude in Siemensstadt wollte am Montag das 23jährige Fräulein Deyer aus der Stromstraße in Berlin den Weg eines Straßenbahnzuges während der Fahrt bestreiten. Sie stürzte jedoch ab und geriet unter den Anhängewagen, dessen Räder über sie hinweggingen, wobei sie so schwere innere und äußere Verletzungen erlitt, daß sie fast an der Stelle starb.

### Aus den Gemeinden.

**Lebensmittelausgabe in Wilmersdorf.** Demnächst gelangen auf die Bezugsliste für Einzelpersonen zur Ausgabe: auf Abschnitt C Weizengries, auf Abschnitt D Graupen oder Grütze, auf Abschnitt E Haferkloßchen oder Haferkörner, auf Abschnitt F Rübelen, auf Abschnitt G Kriegsmus. Die Anmeldung hat für die genannten Waren gleichzeitig bei ein und demselben Händler durch Abgabe des Bezugscheins B der Bezugsliste für Einzelpersonen in der Zeit bis zum 22. März einschließlich zu geschehen.

Die bis Ende Juni gültigen Magermilchkarten — eine Karte für jeden Haushalt mit Kindern, die in der Zeit vom 1. April 1907 bis 31. März 1911 geboren sind — können demnächst zur Ausgabe. Die Inhaber der Magermilchkarten haben diese bis zum 24. März (einschließlich) dem Händler vorzulegen. Neu- und Ummeldungen während der Gültigkeitsdauer der Karten finden nicht statt. Ein Wechsel des Händlers ist für diejenigen Haushaltungen, die bereits Magermilch bezogen haben, unzulässig, soweit nicht Ummeldungen infolge Wohnungsverwechsel erfolgen. — Neue Zucker-Zugarten für Kinder bis zu 6 Jahren gelangen bis Donnerstag, den 22. März, zur Ausgabe. Die Haushaltungsvorstände oder ihre Vertreter (nicht Kinder) können in den ständigen Protokollkommissionen gegen Vorlegung geeigneter Urkunden die ihnen zustehenden Karten entgegennehmen.

**Lebensmittelverteilung in Neukölln.** Von heute ab dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen die Anmeldung zur Kundenliste für den Bezug von Kolonialwaren (Säulenfrüchte, Griech. Graupen usw.) erfolgt ist, auf den Abschnitt N der Neuköllner Haushaltungskarte je 1 Pfund Graupen bzw. Grütze pro Person entnommen werden.

**Abgabe von Kaffee-Ersatzarten in Neukölln.** Mit der diesmaligen Ausgabe der Lebensmittelkarten sind den Bürgern zugleich die Kaffee-Ersatzarten zugestellt worden. Wie uns der Magistrat mitteilt, haben diese Karten zurzeit noch keine Gültigkeit, die Kaufleute dürfen daher in keinem Falle die Anmeldeabschnitte entgegennehmen.

**Vodenerimpfungen in Neukölln.** Die Neuköllner Gesundheitskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung eingehend mit dem Anlaß der Vodenerkrankung zu ergreifenden Maßnahmen. Es wurde festgestellt, daß alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen sind,

um weitere Erkrankungen zu verhüten. Auf umgehende Einrichtung der Impftermine für die Zwangsimpfungen (Erdimpfungen und Wiederimpfungen) wird hingewirkt werden. Termine für freiwillige Impfungen sollen dreimal wöchentlich unter Heranziehung der gesamten Neuköllner Bevölkerung abgehalten werden. Näheres wird in kürzester Frist bekannt gemacht werden.

**Verteilung von Haferfabrikaten in Schönberg.** Der Magistrat verteilt auf Abschnitt 89 der Lebensmittelkarte 1/2 Pfund Haferfabrikate zu 11 Pf. Die Anmeldung beim Kleinhändler muß bis Donnerstag, den 22. März, erfolgen. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

**Unveränderte Steuerföhe in Lichtenberg und Spandau.** Als letzte der Stadtgemeinden Groß-Berlins werden die Städte Lichtenberg und Spandau ihre Haushaltspläne für 1917 aufstellen. Die Lichtenberger Stadtverordneten werden sich in ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag mit dem Entwurf des Haushaltsplanes beschäftigen. Der Magistrat hat darin den Zuschlag zur Staatseinkommensteuer unverändert mit 100 Proz. eingestellt. Auch Spandau hat in seinem neuen Haushaltsplan den Zuschlag zur Einkommensteuer mit 100 Proz. unverändert gelassen.

### Aus Industrie und Handel.

#### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In der Generalversammlung der Groß Kupfer- und Messingwerke A.-G. wurde die Dividende auf 20 Proz. festgesetzt. Der Vorstand der Gesellschaft, Herr von Hirsch, machte folgende Mitteilungen: Im Geschäftsjahre 1916 ist es uns gelungen, die Produktion mit einem großen Bestand an Aufträgen abzurufen zu lassen. Wir haben das sichere Gefühl, daß auch auf das um fünf Millionen Mark erhöhte Grundkapital eine Dividende ausgeschüttet werden kann, die wahrscheinlich nicht hinter der des abgelaufenen Jahres zurückbleibt. Das Real der Fabrikanlagen der Gesellschaft umfaßt jetzt nach den Zugängen des abgelaufenen Jahres, die mit 700 000 M. in der Bilanz erscheinen, circa 700 preussische Morgen. Im Geschäftsjahre 1916 erwarben wir umfangreiche Grundstücke zwischen dem alten Havelkanal und dem Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin, um unseren Hauptwerke der Eberswalde die Vorteile des Großschiffahrtsweges zu sichern. Der ausgedehnte Grundbesitz gestattet uns die Ausübung eines beträchtlichen landwirtschaftlichen Betriebes, was für die Arbeiterfrage von großer Bedeutung ist. Die Gesellschaft wird nach Beendigung des Krieges Werke besitzen, die ebenso den Friedens- als auch den Kriegsbedürfnissen genügen. Die Beteiligung an den Bayerischen Hüttenwerken läßt nach den gemachten Erfahrungen ein gutes Ergebnis erhoffen. Die Begehungen zu dem Werke, ebenso wie die zu der russisch-österreichischen Braunlothen-Gas- und Kraft-Gesellschaft, versprechen besonders für die Friedenswirtschaft wichtige Vorteile. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Fritz Reumher, der Leiter der Bayerischen Hüttenwerke, an der die Gesellschaft durch Kapitalbeteiligung interessiert ist. — Die Deutschen Kabelwerke A.-G. in Berlin-Lichtenberg verteilte 8 gegen 6 Proz. Dividende im Vorjahr. Der Auftragbestand ist betrübend. Die Gesellschaft hat sich in erweitertem Umfang auf Herstellung von Munition eingerichtet. — Die Oberösterreichischen Kalk- und Chemischen Fabriken A.-G. in Berlin verteilte, wie im Vorjahr, 17 Proz. Dividende.

#### Deutsch-österreichisch-ungarische Interessengemeinschaft.

Im Oktober vorigen Jahres traten bereits die Vertreter der österreichischen Kreditanstalt und der ungarischen allgemeinen Kreditbank in den Aufsichtsrat der der Dresdener Bank nahestehenden Deutschen Orientbank ein, um ein gemeinsames Arbeiten im nahen Osten zu verhängen. Nun wird mitgeteilt, daß dieselben Banken mit der Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin und der dieser Bank nahestehenden Norddeutschen Bank in Hamburg Verhandlungen getroffen haben, die dahin gehen, daß ein Vertreter der Kreditanstalt in den Aufsichtsrat der Brasilianischen Bank und ein Vertreter der ungarischen allgemeinen Kreditbank in den Aufsichtsrat der Bank für Chile und Deutschland eintritt. Der Zweck ist, die gemeinsame Rohstoffbeschaffung aus Südamerika nach dem Kriege zu erleichtern.

#### Eisenbahnerstreik und New Yorker Börse.

Nach schwankender Eröffnung, die in der Hauptsache auf die Torpedierung dreier amerikanischer Schiffe zurückzuführen war, entwickelte sich am Montag bei stark anziehenden Kursen und lebhafter Geschäftstätigkeit eine ausgesprochen feste Stimmung, da die Beteiligung der Differenzen in dem schwelenden Eisenbahnerstreik die seit längerer Zeit zurückgehaltene Unternehmungslust voll zur Entfaltung kommen ließ.

### Berichtszeitung.

#### Eine seltsame Ehe.

Unter der Anlage des Nordberücks an ihrem Ehemann und ihren beiden Kindern stand gestern die verheiratete Frieda Kadschel vor dem Schwurgericht am Landgericht II. Die Angeklagte hatte sich, trotzdem sie erheblich älter ist, im vorigen Sommer mit einem 17jährigen jungen Manne eingelassen. Darüber war es zu einem heftigen Gerwürfnis mit ihrem Ehemann gekommen, der ihr den weiteren Verkehr energig unterjagte und sie schließlich eines Abends im August, als er seine Frau mit ihrem Liebhaber in einem Lokal traf, auch züchtigte. Das erregte zwar großen Lärm bei ihr, jedoch kam es äußerlich wenigstens zu einer Versöhnung. Wenige Tage später, in der Nacht zum 23., mußten der Frau doch wohl Gedanken über ihr Tun gekommen sein, denn sie trat an ihren bereits im Bett liegenden Mann heran und bat ihn um Verzeihung. Dieser ließ sie jedoch zurück. Wie sie früher angab, aus Sit, nach ihrer jetzigen Behauptung und Verzeihung darüber, will sie nun beschließen haben, aus dem Leben zu scheiden, den Mann und die Kinder aber mitzunehmen. Wenn einer nichts vom Leben hat, sollen alle nichts davon haben, war ihre Begründung. Nachdem das Licht gelöscht war, steckte sie in den Gasautomaten 10 Pf. drehte im Schlafzimmer die Gasähne auf und legte sich dort zu den Kindern ins Bett. Ihr Vorhaben glückte jedoch nicht, denn der Mann machte schon nach einer halben Stunde auf, bemerkte den Gasgeruch, sah die offenen Gasähne und öffnete sogleich die Fenster. Die durch die 10 Pfennig bereitgestellte Menge Gas hätte auch nach dem Gutachten des Sachverständigen, der im übrigen auch das Moment der Ueberlegung bei der Angeklagten vernahm, nicht genügt, um den Tod herbeizuführen. Der Ehemann selbst sagte in der fraglichen Nacht zunächst gar nichts, machte aber am nächsten Tage Anzeige, worauf seine Frau verhaftet wurde. Von den Geschworenen wurden auch nur die Fragen, da sich der Ehemann inzwischen mit der Angeklagten wieder vollkommener ausgesöhnt hat, nach vergeblichen Totschlag und mildernden Umständen verurteilt. Rechtsanwalt Dr. Rott pladierte deshalb für eine milde Strafe und das Gericht trug ihm insofern Rechnung, als es auf 1 Jahr Gefängnis unter Zurückung von 6 Monaten Unternehmungslust urteilte.

#### Hoffnungsvolle Jugend.

Als äußerst gefährliche Todesfälle war eine jugendliche Bande aufgetreten, die auf Märkten, in Pödenhöfen, auf Bahnhöfen an den Bahnschleppern ihr Unwesen getrieben hatte. Zwei davon, der etwa 13jährige Schüler Stanislaus B. und die etwa 10 Jahre jüngere Schülerin Elie G., zwei kleine Knirps, standen gestern vor dem 6. Strafkammer des Landgerichts I, um wegen 17 Diebstählen abgeurteilt zu werden. Die Auslöser der Kinder, ihre ungebildeten Tiefsichtsführer in die weite Welt wirken geradezu ver-

Kläffend und wie ein Komon. Die beiden Missetäter gingen mit noch zwei anderen gleichaltrigen Mädchen stets in der Weise vor, daß drei von ihnen im Gehänge die Hände hielten und diese dann mit großer Geschwindigkeit Handtaschen plündernde und nach Art erfahrener Taschendiebe sofort ihren Komplizen die Beute zuwendeten. Ihr Diebstahlsfeld waren auf den Bahnhöfen die Bahnhofs-Exerzenz, an denen die Reisenden beim Durchlöcher der Fahrkarte ihre Handgepäck niederstellen. Nachdem die vier sich auf Märkten gehend Geld zusammengehohlet und auf dem Bahnhof Charlottenburg die H. noch rasch aus einer Handtasche eine Rolle mit 600 M. entwendet hatte, fuhr das Kleeblatt aufs Geratewohl nach Tosen, um auf der Rückfahrt im Abteil Fahrgäste zu bestehlen. Dann ging es nach Driesen und Pische, wo die Verwandten der Angeklagten sogar noch die beiden fremden Kinder anstandslos aufnahmen. Merkwürdigerweise wurde die auffällige Rinderscher unterwegs nie angehalten, und ebenso auffälligerweise konnten sich die vier schließlich in einem hiesigen Gasthof ungehindert einlogieren, nachdem sie allerdings dreist gefälschelt hatten, die Mutter sei im Krankenhaus, der Vater im Felde. Hier ging es dann in die Warenhäuser und klebten sich die jugendlichen Spitzbuben von deren Erträgen fein ein. Das Gericht verurteilte die beiden zu 6 bzw. 2 Monaten Gefängnis.

## Aus aller Welt.

### Bluttaten eines Kriegsgefangenen.

Ein jehidischer Kriegsgefangener, der bei einem Landwirt in der Nähe von Beer (Ostpreußen) untergebracht war, versuchte, sich an der Tochter des Hauses zu vergreifen. Als sich das Mädchen zur Wehre setzte, ergriff der Unhold das Messer und schnitt ihr die Kehle durch. Die Mutter, die der Tochter zu Hilfe eilen wollte, erlitt daselbe Schicksal. Dann stichtete der Mörder. Auf dem

Hohen Moor bei Papenburg verlangte er von dem Schäfer Konrad die aus Papenburg die Herausgabe seiner Kleidung. Als der Schäfer sich weigerte, schnitt der Kerl ihm ebenfalls die Kehle durch und setzte seine Flucht, mit dem Schäfermantel angetan, fort, wurde aber an der holländischen Grenze ergriffen.

Der Mörder des Krates. Das Reichsgericht verurteilt die Revision des Hausdieners Bernhard Draheim, der vom Schwurgericht Hamburg am 27. Januar wegen Ermordung des Krates Gumprecht zum Tode, und wegen schwerer Körperverletzung an dem Schuhmann Flemming zu fünfjährigem Gefängnis verurteilt wurde.

Die gefesselte Sommerzeit wird am 25. März in Frankreich und am 1. April in Italien eingeführt werden.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Dienstag, 3. 1. 101 Uhr, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Ueber für den Briefkasten bestimmten Anfragen ist ein Entgelt und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringt man in die Sprechstunde mit.

H. D. 254. Ihre Versicherung ist ohne weiteres in eine freie Police übergegangen; ein besonderer Versicherungsschein ist darüber nicht nötig.

C. Z. 100. 1. Das zum 28. Februar. 2. Ein bestimmter Prozentsatz als Mietnachlag war nicht vorgegeben und ist es auch jetzt nicht. Der Wirt kann zum Mietnachlag nicht gezwungen werden.

S. G. 3. Sie können irgendeine weiteren Ansprüche an die Kompagnie nicht geltend machen.

S. G. 100. Ihre Frage ist feinerzeit beantwortet worden; Sie können Marken erst vom Tage des Ausstellungsdatums der Cuittungsarten haben.

W. G. 23. Ihr Geld ist jedenfalls dort ebenso sicher wie irgendwo anders.

W. B. 22. Der Schlichter ist nicht verpflichtet,

Zeit an Sie in der Weise zu beschaffen, wie Sie es wünschen. — G. G. 35. 1. Die Firma kann den Kriegsschein verweigern. 2. Nein. 3. Sie müssen sich wegen Ausstellung eines Kriegsscheins an die zuständige Schlichtungskommission Ihres Bezugs wenden. 4. Die Möglichkeit besteht. — G. G. 32. Werden Sie bei der Hilfsdienststelle, Amtsstr. 83. — W. B. 100. Ja. Sie unterliegen dem Hilfsdienstgesetz. — G. G. 35. 1. Ja. Sie unterliegen dem Hilfsdienstgesetz und können eingezogen werden. 2. Freiwillige Stellung ist zu empfehlen. — G. R. 3. Das von der Frau geerbte Lagergeld ist in Anbetracht der langen Zeit nicht zu hoch bemessen. — R. J. 18. Sie haben keinerlei Anspruch auf Aufwandsentschädigung. — W. R. 8. Gekaufte werden aus dieser Spende nicht gemehrt für jetzt geborene Kinder, deren Vater im Felde steht. — G. R. 100. Werden Sie sich an den Metallarbeiterverband, Amtsstr. 83. — W. B. 100. Sie haben als Verkäufer, da besondere Vereinbarungen nicht getroffen sind, 6 Wochen vor Quartalsabschluss Kündigungsgeld. — Wächterin 25. 1. Wenn der Vater in Folge der Kriegseinstellung in der Erwerbsfähigkeit erheblich beschränkt ist, muß die Wohnung auch nach der Entlassung aus dem Heeresdienst gemietet werden. 2. Nein. 3. Nur wenn der Vater im Felde steht. — Verle 6. 1. Ja. 2. In Abzug können Sie darauf nichts bringen. Sie werden aber um mindestens eine Stufe in der Stener herabgesetzt. Staatliche Krankenkassenbeiträge können Sie abziehen. — G. R. 53. Das Testament ist in der Form nicht rechtsgültig. Es würde sich empfehlen, es uns persönlich in die Sprechstunde zu bringen. — G. J. 14. Sie könnten Anzeige wegen Urkundenfälschung erstatten. — J. R. 40. Sie müßten sich an die Gesundheitsbehörde wenden. Wenn diese die Wohnung für gesundheitsförderlich hält, kann der Wirt die Forderung, die Wohnung räumen zu lassen, abweisen. Nach Umzug Mietzuschuß gemindert wird, ist zweifelhaft. — Artur 48. 1. Er kann nicht zur Zahlung des Leibtragens der Frau verpflichtet werden. 2. Hamburgischer Landesbereich vom Roten Kreuz, Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene, Hamburg, Fernandstr. 75. —

Vertrauensleute für das mittlere Norddeutschland die Wirtshausmutter. Im Küstengebiet vielfach Helfer; in den anderen Gegenden noch überwiegend bedürftig mit ihrer wiederholten, meist geringeren, nur im Südosten härteren Niederlagen; weitere Abklärung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Radierer **Rudolf Bergholz** am 18. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoh, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Remmacher **Franz Potschies** am 17. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoh, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Silberarbeiter **Otto Almdinger** am 17. März an Herzleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoh, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied **Karl Tschipke** am 17. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Formner **Franz Karnbach** am 14. März gestorben ist.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.

**Deutscher Banarbeiter-Verband**  
Zweigverein Berlin.  
Bezirk O II.  
Am 17. März starb unser Mitglied, der Putzer **Albert Karich**.

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 Uhr, auf dem Befriedigungskirchhof in Weichensee, Lichtberger Straße, statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Glasarbeiter **Aug. Zick** am 18. März starb unser Mitglied, der Glasarbeiter

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Befriedigungskirchhof in Weichensee, Lichtberger Straße, statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drechsler u. Berufsgenossen, Erlaschasse, **Karl Tschipke** am 17. März verstarb unser Mitglied

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.**  
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen **Wilhelm Garschinski** vom Kaiser- u. Kaiserin-Friedrich-Sinder-Krankenhaus.

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Pauls-Kirchhof in Pflügen.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Scherensetzer **Georg Marquardsen** am 28. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

**Verband der Brauer- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen **Gustav Borsutzki** (Bogenhofer Brauerei, Abt. II) gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Humboldtstraße 68, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

**Bringt Euern Goldschmud den Goldantastellen!**

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
Filiale Berlin.  
Nachruf.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler **Albert Neitzel** (Begräb. Wedding) am 12. März verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Himmelsfahrergemeinde, Nieder-Schönhaufen-Rordend, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

**Freiwillige Impfung! Bekanntmachung**  
der Allgemeinen Orts-Krankenkasse Berlin-Lichtenberg.

Den verehrlichen Mitgliedern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß die unterzeichnete Kasse unentgeltliche Impfungen der Mitglieder sowie deren Angehörigen

an nachbenannten Tagen vornimmt, und zwar in der Zeit von 1/2 bis 8 Uhr nachmittags im Kaiserlich-Kirchhof, Humboldtstraße 10, Seitenflügel I rechts.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher **Oskar Schmidt** am 3. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

**Cigaretten, Cigaretten, Kautabak**  
F. Ernst Borch, Elsassstr. 21.  
**Alkoholf. Getränke**  
**Franz Abraham**  
Kass. Mecklenb.-u.-Römischtrunk-Kell. 63 Berlinstr. 12, Fernspr. Kgl. 12708.  
**Edel-Anstalten**  
**Central-Bad**  
Ansongrabenstr. 23.  
**Diana-Bad**  
Köpenicker Str. 33.  
**Passage-Bad**  
Katharinenstr. 11.  
**Reform-Bad**  
Wasser Str. 25.  
**Bäder- u. Konditoreien**  
**Oskar Hanke's Brotback.**  
75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neubölln u. Treptow. Gegründet 1892.  
F. Kienow-Vertrieb, Schillingstr. 11. 6. Meier, Carlstr. 17.

**Erscheint 2 mal wöchentlich.**  
**Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 14**  
**Lehmann, Gr.-Lichtstr. 25**  
**Handagen, Gumnitz**  
R. Baube, Bräunerstr. 24.  
E. Kraus, Lenningsstr. 14.  
A. E. Lange, Brunnenstr. 104.  
**Bücher, Flor, Käse**  
**Wilhelm Göbel**  
25 eigene Filialen.  
**Gebrüder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte.  
**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen.  
**Uhly & Wolfram**

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**  
**August Holtz** 18 Detail-Geschäfte.  
**Brauerei Bötzw** empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges.  
**C. Habels Brauerei** hell - Nabelbräu - dunkel.  
**Münchener Granhaus** Berlin und Oranienburg.  
**Trinkt Wanninger Bier!**  
**Weissbier, C. Breithaupt,** Palaststr. 17. Tel. Sp. 3021, 3091.  
**Drogen und Farben** Weider-Drogerie, Erit. Schönewitz 10.  
**Kaugummi**  
**Timmer-Essig** überall erhältlich.  
**Fleisch- u. Wurstw.**  
**W. Beck** Inh. Herm. Gerbach Charlottenburg, Berlinstr. 25-27 Fleisch- und Wurstwarenfabrik.  
**Willy Gerlach, Paterstr. 11**  
**Otto Kengel, Alte Jacobstr. 24**  
**Herren- u. Knabenmod.**  
**J. Baer** Mohrenstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.  
**Luise & Stoppel, Seidstr. 18-19**  
**Fabrich & Co.** Seidstr. 18-19.  
**Kolonialwaren** Aden Schmitz, Köpenickerstr. 11.  
**Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.** Carl Jung, Stromstr. 10.  
**Rühlmann, P. Möllersstr. 40, 2. Stock**  
**Handhandlungen**  
**Bethke, Georg,** Kottbusstr. 44.  
**Feilich, Eberh. 11, Kaiser-Friedr.** Str. 44, Wassert. 149, Friedrichstr. 24.  
**Trupter, Grütstr. 44.**  
**Gaede, Otto** Charlottenburg, Wrangelstr. 78.  
**F. W. Sichter** Kottbusstr. 44.  
**Nähmaschinen**  
**Bellmann, E.** Gollnowstr. 20.  
**Singer Nähmaschinen** Läden in allen Stadtteilen.  
**Unternehmende Geschäfte** empfehle ich b. Einkauf.  
**Hüte, Hüten, Pelzwaren**  
**Voster, E.** Kottbusstr. 44.  
**Kurt, Woll, Woll, Woll**  
**Hermann Meyer, Mohrenstr. 11**  
**Photogr. Apparate**  
**M. Albrecht** 50, Kottbusstr. 1.  
**Weine, Liköre, Fruchtsäfte**  
**Zugo Soling** 60 Filialen in allen Stadtteilen.  
**Herm. Meyer & Co.** Akt. Ges. ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl.  
**Unterberg** SENNER 1024

**Fredy-Zigaretten-Vertrieb N.**  
Berlin, Brunnenstr. 17 Hof II.  
Geöffnet 8-7, Sonntag 12-2 Uhr.  
Tel. Norden 2543.  
**Heines Werke**  
3 Bände 5 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Meierei C. Bolle**  
A.-G.  
Berlin N.W. 21, Alt Moabit 80-81  
Altester und grösster Milchverarbeiter  
— Grossabnehmer —  
**Optiker, Mechaniker**  
Schubert, Carl, Nolln. Str. 10  
**Schreibwaren**  
O. Frachmann, Köpenickerstr. 48  
**Uhrn u. Goldwaren**  
Lohmann, Abt., Frankf. Allee 48  
**Verleihanlagen**  
**„Deutschland“ Berlin**  
Arbeiterversicherung — Schützen-  
Kassensparvereinigung, Str. 10, 1.  
Spandau  
6. Oktoberstr. 14, 14a, 14b, 14c.



Ein Feldärztekongress.

Von unserem Kriegsberichterstatter Hugo Schulz.

Kürzlich wurde im Ziembocker Kurort ein Kongress... Die Helikopter, die der medizinischen Wissenschaft und ihren Trägern in diesem furchtbaren aller Kriege zuziel...

Einen interessanten Vortrag hielt Professor Fränkel über Wundenbehandlung. Man erfährt daraus, daß der Wundarzt vielfach zu dem als überlebt geltenden antiseptischen Verfahren mit seiner Anwendung feindlicher Mittel zurückkehren mußte.

Nach eingehenden sachmännischen Diskussionen über den Gasbrand und seine Bekämpfung sprach der Regimentsarzt und Dozent Dr. Koldoban über Geschlechtskrankheiten. Man entnahm daraus, daß es zwar gelungen ist, die Zahl der Erkrankungen tief herabzubringen, daß aber noch immer insbesondere im Winterlande die venerischen Krankheitsfälle das im Frieden übliche Maß weit überschreiten.

Es sprach noch der deutsche Feldarzt Dr. de Roche über die Ursachen des Fleckfiebers und zeigte Präparate, darunter fadenförmige Gebilde, die sich im Magen und Darm der Maus vorfinden lassen. Es gab weiter ausführliche Referate über Geschlechtskrankheiten, über Schenkelbrüche und über Epidemienhörsen; die breite Öffentlichkeit wird aber vor allem interessiert, was die Militärärzte Dr. Hohlbaum und Dr. Heinz über die oft außerordentlichen Schwierigkeiten des Abtransportes der Verwundeten und Kranken berichteten.

Das Petersburger Staatsgefängnis.

Das Gefängnis, in das die Revolutionäre die russischen Minister geworfen haben, dürfte die berühmte Peter-Pauls-Festung sein, die Nitabelle der Residenz. Es ist eine Zülpfesterung, und Peter der Große war keineswegs ein militärisches Genie, wenn er etwa diese Festung angelegt haben sollte in der Absicht, die die Reime herauskommenden feindlichen Schiffe zu befeuern.

Nachfolger Peters des Großen diese zweifelhafte Festung anderweitig benutzten, nämlich als Staatsgefängnis. Es ward die Festung der russischen Hauptstadt; in ihren weitläufigen, von feuchtem Moder überzogenen Licht- und luftlosen Kammern, die sich weit unter das Bett der Neva hin verweigern, wurden seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die politischen Verbrecher — und was man so alles in Rußland politische Verbrecher nennt — untergebracht, bis sie die Peinle trug, zu Tode gesteuert, in Gipsen verwandelt, erstickt, geblüht, erschossen, nach Sibirien befördert oder infolge eines „unverhofften“ Thronwechsels begnadigt und auf einen hohen Posten berufen zu werden.

Für alle diese erwähnten Ziele der Gasi in der Peter-Pauls-Festung sind Beispiele vorhanden. Einer, der selbst hier geschmachtet, Fürst Krapotkin, erzählt: Hier folterte Peter I. seinen Sohn Alexj und tödete ihn mit eigener Hand; hier sperrte man die Fürstin Tarakanowa in eine Zelle, die sich bei einer Ueberschwemmung mit Wasser füllte, so daß die Matten am Fuß vor dem Tode des Ertrinkens zu retten, an ihr emporkrohen; hier folterte der fürchterliche Wladimir seine Feinde und ließ Katharina II. diejenigen lebendig begraben, die sich der Ermordung ihres Gatten widersetzen. Von den Zeiten Peters I. ist so die Geschichte dieser Steinmauern, die im Angesichte des Winterpalastes vom Spiegel der Neva emporksteht, 170 Jahre hindurch eine Geschichte des Mordes und der Folterung gewesen, oder sie erzählte von Lebendigbegrabenen, die zu langsamem Tode verurteilt waren oder in der Lede ihrer dunklen und feuchten Verlöcher zum Sabinismus getrieben wurden.

Wie der Pranger in Alt-Berlin ausah.

In Wien sind dieser Tage Prangertafeln errichtet worden, an denen alle Artsgausdrucker und Bucherer in schwarzen Lettern zur Abschreckung der Nachwelt überliefert werden sollen. Berlin hatte, was wenig bekannt sein dürfte, schon Mitte des 15. Jahrhunderts einen wirklichen Pranger. Der „Kaal“, wie der Pranger im Berliner Volksmund hieß, hatte seinen Standort am Rathaus. Er bestand aus einem hohen Pfahl mit einem schweren eisernen Halsband. An dieses Halsband wurde der Delinquent angehängt und durch den Büchel öffentlich geschlagen. Ein großer Volkshaufe, der sich nicht selten in diesen Verurteilungen gegen den Verbrecher erging, bildete die „Leffentlichkeit“. Neben dieser öffentlichen Prügelstrafe diente der Pranger noch der Bestrafung der Wortbrüchigen durch Verächtlichmachung. Der Genesführte konnte nach Antrag beim Magistrat und erhaltener Erlaubnis den Wortbrüchigen im wahrsten Sinne des Wortes „abmalen“. Vor verammeltem Volke konnte er den soliden Freund in Wort und Bild satirisch kennzeichnen. Der Berliner Humor zeigte sich bei dieser Gelegenheit in köstlicher Weise. Je wichtiger und derber der Genesführte den „Lehr Ehrenwerten Herrn X“ geißelte, je größer war der Beifall des hiesig zahlreich versammelten Publikums. — Das moderne Richteramt des Prangers hat heute die Presse übernommen.

Notizen.

- Kunstabend. Am Mittwoch bringt im Sturmlokal, Goldammer Str. 134, Rudolf Müller Dramenstücke von Leo Gola und die Tragikomödie von August Stramm: „Kubinentar“ zum Vortrag.
- Max Reinhardt wird im Kopenhagener Neuen Theater im Mai und Juni ein Gastspiel (Drama und Operette) geben.
- Ein bauliches Theater wurde in Rumänien's Hauptstadt mit Goethes „Iphigenie“ eröffnet.
- Der letzte Romanow. Es ist zwar bestritten, vom letzten Romanow auf dem russischen Thron zu sprechen. Aber wer immer ihn wieder erklettern mag, ein Romanow ist es sicher nicht, auch wenn er sich so nennen mag. Der letzte Romanow, und zwar aus der Linie Romanow-Gottorp war jener Peter, der als Gemahl Katharinas II. figurirte. Die Ehe war aber kinderlos, und Paul I., ihr Sohn und Nachfolger, von dem alle russischen Kaiser seitdem sich herleiten, war nach ihrem eigenen Zeugnis der Sohn eines ihrer Günstlinge.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman von Gabrjela Sawitska.

„Was ist denn?“ fragte er, „ziehen Sie den Mantel aus!“ Janka legte den Mantel ab. In den schwarzen Beinweidern und einer dunkelgrauen Somtbluse sah sie sehr grazios und reizvoll aus.

Zagejew entging auch dies nicht, aber um seine Haltung zu bewahren, begann er, an dem Mantel nach irgendwelchen Zeichen zu suchen, die ihm beweisen sollten, daß er Razio gehörte.

„Hier ist weder ein Zeichen, noch ein Monogramm,“ sagte er und begann die Taschen durchzusehen. Er fand einige nichtsagende Papiere, aber schließlich langte er nach einer Tasche und zog eine Broschüre heraus.

Er trat ans Licht und begann zu lesen. Zu ihm veränderte sich sein Gesichtsausdruck. Etwas von einem Raubvogel, wenn es die Beute aus der Ferne erblickt, suchte in seinen Zügen. Die Broschüre war eine sozial-nationale Propaganda, in der ein Exemplar einer unlängst im ganzen Gouvernement verbreiteten Proklamation lag.

Zagejew ließ seine zitternde Hand noch einmal in die Tasche versinken und zog einen Brief heraus. Janka beobachtete ihn und erkannte, daß es derselbe Brief war, den Razio in der Hand hielt, als er ihr Zimmer betreten hatte, und den er mechanisch in die Manteltasche gesteckt hatte.

Sie sagte plötzlich Mut und versuchte zu protestieren. „Ich bitte Sie, lesen Sie den Brief nicht!“ Ein satirisches Lächeln verzerrte Zagejew's Gesicht. „Nicht lesen? Ei! Ich darf alles lesen, liebes Mädchen — das ist sogar meine Pflicht. Ja, ja... sehr schön!... Ein seines Nest... Gott sei's gelobt, endlich habe ich euch abge'agt!“

Er sah Janka mit furchtbar blühenden Augen an. „Und Sie, mein Fräulein, begleiten angeblich Ihre Freudenbinnen in der Nacht und tragen dabei in der Tasche Propagandafchriften zum Verteilen. Schon gut! Ihr Brüderchen treibt wohl auch solche Scherze?“

Janka begriff zunächst nicht die Bedeutung seiner Worte, aber sie fühlte, daß ein furchtbares Unglück über sie hereinbrach, und daß es nicht nur sie, sondern auch Razio, ihren Vater und Nikiti, mit einem Wort ihre Allernächsten traf.

Zagejew verank wieder in die Lektüre des Briefes. Es war ein Brief aus Arafau, der an Razio die Mitteilung enthielt, daß Nikiti übermorgen eintreffen und die verabredete „Ware“ mitbringen würde. Dann wurden einige englische, eine Genfer und die übrige „Ware“ genannt. Der Brief bot dem geübten, schlauen Auge des Polizeimeisters keine Schwierigkeiten. Die vorher gesunde Broschüre und die Proklamation, die mit den Worten begann: „Nieder mit dem Zarentum!“ verschafften vollständige Klarheit.

Im ersten Augenblick war Zagejew wie geblendet. Wie? Das, wovon er träumte — eine Propaganda auszugreifen und auf diese Weise die Gendarmerei zu blamieren, die ihr nicht auf die Spur kommen konnte, — war ihm förmlich zugeflogen.

Das konnte ihn vor der Behörde ins beste Licht stellen und vielleicht sogar alle seine Gewalttaten vertuschen, für die er zur Verantwortung gezogen werden sollte. Außerdem fügte es sich ganz ausgezeichnet, daß gerade Horst's Kinder in diese Angelegenheit verwickelt waren.

Damit wollte er Horst's befehligen. Und es wahr wohl zu bezweifeln, ob Horst's noch an den Protest denken würde, wenn sein eigenes Haus vom Unglück betroffen wurde.

Zagejew hallte die Hände krampfhaft und bohrte die Nägel tief ins Fleisch, um durch diesen Schmerz alle Festesgegenwart zu sammeln. Er fühlte, daß er in diesem Augenblick selbständig und entschlossen handeln mußte. Er hatte die Trümmer in der Hand und mußte sie ausnutzen.

Da vernahm er Schritte auf der Treppe. Er ging zur Tür und öffnete sie. Semipudow wollte nach der Kanzlei. „Auf mit sofort Markowski her,“ sagte, „und hol das Dienstmädchen Juzia von Horst's.“

„Zu Befehl!“ erwiderte Semipudow in strammer Haltung. Zagejew ging auf den Treppenspur, doch ließ er die Tür nicht aus der Hand, als fürchtete er, daß der Glücksvogel, den er gefangen hatte, fortfliegen könnte.

Semipudow klopfte an Markowski's Tür.

„Wer zum Teufel?“ ließ sich eine ärgerliche Stimme vernehmen. „Ja bin's — Semipudow!“

„Was gib't's?“ Semipudow meldete, daß Markowski sofort beim Polizeimeister erscheinen sollte. Mit zorniger Bewegung wurde die Tür von innen geöffnet.

Markowski erschien halb angekleidet. „Was ist denn los, zum Teufel?“ fragte er. „Ich kann's nicht sagen!“ erwiderte Semipudow. Unterdessen hatte sich Juzia der Tür genähert. Sie hüllte sich eilig in ihr Tuch. Augenscheinlich beunruhigte sie gern das Dazwischentreten des Polizisten, um Markowski's Liebesbezeugungen zu unterbrechen. Sie war blaß und hatte die Augen voll Tränen.

Als Semipudow sie erblickte, freute er sich. „Sie sollte ich auch holen, Fräulein,“ sagte er eilig. „Nicht?“

„Ja... Sie sind doch das Hausmädchen von Horst's!“ Juzia rang die Hände. „Jesus Maria! Was ist denn los?“

Aber Markowski, der die Uniform anzog, beruhigte sie. „Hab keine Angst, Liebste, ich komme mit!“ Alle gingen die Treppe hinunter. Die kleine Petroleumlampe beleuchtete Zagejew.

„Was ist geschehen?“ fragte Markowski auf Russisch. „Ach, sie ist hier?“

„Ja, hier bei mir!“ erwiderte Markowski trohig und trat zwischen Juzia und seinen Vorgesetzten, wie zur Verteidigung seiner Geliebten.

Aber Zagejew achtete nicht auf seine Frechheit. „Lauf du nach Hause,“ befahl er Juzia, „bring Meider und Röcke von deinem Fräulein, einen Mantel, einen Hut, ein paar Hemden und was sonst an Wäsche fürs erste nötig ist, und komm sofort wieder zurück. Verstanden?“

Er blickte auf die Uhr. „Und füllschweig! Nicht ein Wort verräist du! Lauf jetzt!“ „Geh!“ beauftragte Markowski seinen Befehl. Juzia ging gehorsam die Treppe hinunter. An der Diegung blieb sie stehen.

(Fortf. folgt.)

**Direktion Max Reinhardt.**  
**Deutsches Theater.**  
 7 Uhr: Das Konzert.  
**Kammerspiele.**  
 7 1/2 Uhr: Weh dem der lügt!  
**Volksbühne.** Theater am Bülowplatz.  
 7 1/2 Uhr: Weh dem der lügt!  
**Theater i. d. Königgrätzerstr.**  
 Dir. C. Reinhardt — R. Bernauer.  
 7 1/2 Uhr: Erdgeist.  
**Komödienhaus**  
 7 1/2 Uhr: Die verlorene Tochter.  
**Berliner Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die tolle Komödie.

**Essing-Theater.**  
 7 1/2 Uhr: Liebe.  
 Donnerstag: Liebe.  
**Deutsch-Künstler-Theater.**  
 Abendlich 7 1/2 Uhr:  
 Die beiden Kilingsberg.  
**URANIA**  
 Taubenstraße 48/49.  
 4 Uhr (halbe Preise):  
 Im U-Boot gegen den Feind.  
 8 Uhr:  
**Der Balkanzug und die befreite Donau.**

**Theater für Mittwoch, den 21. März.**  
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.  
 7 Uhr: Die Fledermaus.  
 Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.  
 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
**Gebr. Herrfeld-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Der Stolz der Familie  
**Kleines Theater**  
 7 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.  
**Komische Oper**  
 7 1/2 Uhr: Die Dose Sr. Majestät.  
**Lustspielhaus**  
 7 1/2 Uhr: Die schöne Kubanerin.  
**Metropol-Theater**  
 7 Uhr  
 10 Min.: Die Csardasfürstin.

**Neues Operettenhaus**  
 Schiffbld. 4a, Kossental: Nord. 281.  
 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.  
**Residenz-Theater.**  
 7 1/2 Uhr: Die Warschauer Zitadelle.  
**Schiller-Theater O.**  
 7 1/2 Uhr: Die Kammerwahl  
**Schiller-Th. Charlottenbg.**  
 7 1/2 Uhr: Johannes.  
**Thalia-Theater.**  
 7 Uhr: Das Vagabundenmädcl.  
**Theater am Nollendorfpf.**  
 8 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.  
 7 1/2 Uhr: Die Gulaschkanone.  
**Theater des Westens**  
 7 1/2 Uhr: Die Fahrt ins Glück  
**Trianon-Theater**  
 8 Uhr: Ein glücklich. Familienvater

**Circus Busch**  
 Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr.  
**! Mexikanische Lynchjustiz !**  
 Tom Jack i. d. Todesfessel und die übrigen vorzüglichen März-Nummern.  
 Zum Schluss der Abendvorstellung:  
 Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime  
**Die versunkene Stadt.**

**Zirkus A. Schumann**  
 (Einlaß 7 Uhr)  
 Heute u. täglich Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Das große Weltstadt-Programm.**  
 Rätselhaft! Verblüffend!  
 Ganz Berlin zerbricht sich den Kopf über die Illusion  
**? Kismet ?**  
 das orientalische Wunder.  
 Unglaublich! Unbegreiflich!  
 6.30: Die herrl. Prunk-Pantomime  
**Die Seeräuber.**

**Spolito**  
 FRIEDRICH-STR.-AN-DEK-KOONEN  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Persönliches Gastspiel**  
**Wanda Treumann**  
**Viggo Larsen**  
 in ihrem Lustspiel:  
**„Die Scheidungsche“**  
 von William Kahn.  
 Vorher: Das große Variété-Programm.

**National-Theater.**  
 7 1/2 Uhr. Söpenicker Str. 68.  
**Stürmischer Erfolg!**  
**Studentenliebchen.**  
 Operette i. 3 Akte. Auf. v. B. Bromme.

**WINTERGARTEN**  
 Vorletzte Woche!  
**Lillebil's Hochzeitsreise.**  
 Aegypt. Burleske in 7 Bildern.  
 Musik von Bizet.  
 Inszenierung v. Max Reinhardt  
 Hauptrollen: Hans Wassmann,  
 Lillebil Christensen,  
 Katta Sterna, Ernst Matray  
 außerdem  
 Das große März-Programm  
 Oscar Sabo, Ilse Bois usw.

**Rose-Theater.**  
 7 1/2 Uhr:  
**Der fidele Bauer.**  
**Walhalla-Theater.**  
 8 1/2 Uhr: Tausend und eine Nacht.  
 7 1/2 Uhr: Das Glücksmädcl.

**Volgt-Theater.**  
 Badstr. 58. Täglich: Badstr. 58.  
**Bummelfritze.**  
 Hoffe mit Erfolg in 5 Bildern von Jacobson.

**Palast**  
 Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2  
 Die neue Revue  
 in 6 Bildern:  
**Berlin im Krieg**

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger  
**„Cabaret Feldgrau“**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Sonntagsschmitt. 3 Uhr:  
 Vorstellung zu ernsth. Proben!  
 Neues Programm  
 für Bühnenpers. an den Besichtigungs-  
 freier Zutritt zu b. Stett. Sängern

**Casino-Theater**  
 Lothringer Str. 37. Täglich 7 1/2 Uhr.  
 Nur noch bis 27. März:  
**Zwei helle Berliner**  
 Vorher die März-Spezialitäten.  
 Mittwoch, den 28. März, 3. 1. Rolle:  
**Wenn's Hallstetterl weht.**  
 Sonntag 4 Uhr: Die Sache fioppi.

**Possen-Theater.**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Der Niegende Holländer.**  
 Citrons geben sich die Ehre.

**Admiralspalast.**  
 Heute zum vorletzten Male  
**Frau Fantasie.**  
 7 1/2. Vorzügliche Köche.  
 Sonnabend, zum 1. Male  
**Abraham's**  
 Gr. phantastisches Ballett.

**Spezial-Arzt**  
 Dr. med. Hasche,  
 Friedrichstr. 90  
 direkt am Stabshauptkol  
 Behandl. von Syphilis, Haut-,  
 Horn-, Frauenleiden, Iperhron.  
 35.6. Ehrlich-Dato-Kuren, Chlora-  
 lose, kurgelte Behandlung ohne Be-  
 rücksichtigung Blutuntersuchung 25.6.  
 Preis. Zeitabnahme. Sprechtunden  
 10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Berliner Konzerthaus**  
 Mauorstr. 82. Heute Zimmerstr. 90/91.  
**Großes Konzert**  
 Berliner Konzerthaus-Orchester.  
 Leiter: Komponist Frz. v. Blau.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
 Freitag, den 23. März: Sonder-Konzert mit Mitwirk. der verstärkten  
 Kapelle des Ers.-Bat. 2. Garde-Reg. z. F. Leiter: Obermusikm. Max Graf.

**Geöffentliche Aufforderung**  
 zur Meldung für den vaterländischen Hilfsdienst.

Alle in der Zeit nach dem 30. Juni 1887 und vor dem 1. Januar 1870 geborenen, nicht mehr leistungsfähigen männlichen Deutschen im Stadtbereich Berlin haben sich in der Zeit vom Donnerstag, den 22. März, bis zum Freitag, 30. März d. J., einschließlich bei dem für ihre Wohnung zuständigen Polizeirevier selbst zu melden und die für die Ausfüllung der Meldeformen erforderlichen Angaben zu machen.  
 Von der persönlichen Meldung ist befreit, wer sich ebenfalls bis zum 30. März schriftlich unter ordnungsmäßiger Aufschrift der vorgeschriebenen Rubrik meldet. Die Meldeformen sind bei den Polizeireviere vom 22. März an erhältlich.  
 Von der Meldepflicht ausgenommen sind die Personen, die mindestens seit dem 1. März 1917 selbständig oder unselbständig im Hauptberuf tätig sind:  
 1. im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienst,  
 2. in der öffentlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung,  
 3. als Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker,  
 4. in der Land- und Forstwirtschaft,  
 5. in der See- oder Binnenfischerei,  
 6. in der See- oder Binnenfischerei,  
 7. im Eisenbahnbetrieb, einschließlich des Betriebs der Klein- und Straßenbahnen,  
 8. auf Werften,  
 9. in Berg- oder Hüttenbetrieben,  
 10. in der Gärtnerei, Obstgärtner-, Gärtnerei- oder Wasserversorgung,  
 11. in einzelnen freiberuflichen Berufen, die von der Kriegslage her in den Werten bezeichnet sind oder werden.  
 Sibt ein bisher von der Meldepflicht Befreiter die in den vorgenannten 11 Kategorien bezeichneten Tätigkeiten auf oder wechselt er seine Beschäftigung, so hat er sich spätestens am dritten darauf folgenden Sonntag bei dem Polizeirevier selbst zu melden und die für die Ausfüllung der Meldeformen erforderlichen Angaben zu machen oder in gleicher Frist die dort erhältliche Meldeformen ordnungsmäßig ausgefüllt beim Polizeirevier einzureichen.  
 Bezieht er seinen Wohnsitz nach außerhalb Berlins, so ist die Meldung am neuen Wohnort zu machen.  
 Genügen die Angaben in der schriftlichen Meldung nicht oder bedürfen Bedenten gegen ihre Richtigkeit, so hat der Meldepflichtige sie zu ergänzen oder aufzuklären. Die Polizeireviere können ihn zu diesem Zweck vorladen und sein Erscheinen erlangen.  
 Nach § 10 der Bekanntmachung des Reichsministers vom 1. März 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 209) wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark bestraft, wer bei der Meldung willkürlich falsche Angaben macht und mit Geldstrafe bis zu einhundert und fünfzig Mark oder Haft, wer die vorgeschriebenen Meldungen oder Mitteilungen schuldhaft unterläßt.  
 Berlin, den 17. März 1917.  
 Der Polizeipräsident.  
 von Oppen.

**B**  
**FEDER**  
 gegen bar und auf Kredit zu annehmbaren Bedingungen  
**Damen-Neuheiten fürs Frühjahr**  
 in nur modern. Ausführungen  
**Fertige Herren-Kleidung**  
**Burschen- u. Jünglings-Anzüge**  
 Guts Verarbeitung  
 — Gegründet im Jahre 1892. —

Im SÜDEN: Kottbuser Damm 103  
 Im OSTEN: Frankfurter Allee 350  
 Im WESTEN: Charlottenbg. Scharrenstr. 5  
 Im NORDEN: Brunnenstr. 1

**Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“**  
 Berlin C. H. Pöhlisch, Adorfstr. 174.  
 O. Karl Neke, Peterburger Platz 4. A. Wegels, Poststr. 36.  
 NO. 2. Sudt. Jannaschstr. 12.  
 N. H. Weigelt, Poststr. 9. G. Hücher, Poststr. 4. Karl Ross, Greifswalder Str. 22. J. Hüsch, Müllerstr. 34. G. Vogel, Vorkingstr. 8.  
 NW. Salomon Joseph, Wilhelmshovener Straße 48.  
 SW. G. Schmidt, Bernauerstr. 42.  
 S. St. Fröh, Pringelstr. 81. G. Lehmann, Kottbuser Damm 2.  
 SO. Paul Böhm, Leutner Platz 14/15. B. Dorfsch, Engelstr. 15.  
 Baumgartenweg. G. Hornig, Marienbader Straße 13. L. Perschke, Paul Alenaß, Rühlstr. 10.  
 Charlottenburg. Gustav Schanzberg, Seidenheimer Straße 1.  
 Friedrichshagen. Ernst Beckmann, Söpenicker Straße 18.  
 Göttau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
 Johannishof. Max Goussier, Poststr. 23.  
 Kottbuscher. Hermann Wittig, Dönhofsstr. 22.  
 Köpenick. Emil Hücher, Rieper Straße 6 (Laden).  
 Lichtenberg I. Otto Seiffel, Wartenbergstr. 1.  
 Lichtenberg II. A. Rosenbaum, Alt-Friedhof 56.  
 Neukölln. R. Delarich, Rederstr. 2. G. Kober, Siegfriedstr. 28/29.  
 Riederhagenweide. Wm. Uaruk, Wartenbergstr. 10.  
 Rowahnen. Carl Kroschberg, Eisenbahnstr. 10.  
 Oberhagenweide. Otto Fiedler, Wartenbergstr. 25.  
 Prenzlau. Otto Rikmann, Wuhlenstr. 30.  
 Reinickendorf. H. Busch, Wobingerstr. 56 (Laden).  
 Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Weininger Straße 9 (Laden).  
 Spandau. Schumacher, Breite Straße 64.  
 Steglitz. G. Derujos, Alkenstr. 5.  
 Tempelhof. Unterwiesmann, Rottel-Wilhelm-Straße 74.  
 Treptow. Robert Gramenz, Kirchhofstr. 412 (Laden).  
 Weißensee. Gustav Kottbusch, Berliner Allee 11.  
 Wilmersdorf. Paul Schuber, Wilhelmstraße 27.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.**  
 Bureau: Reichenstr. 28, dort. Filiale Berlin, Rich.-Kadenz-Str. 15  
 Fernspr.: Amt. Vorwahl. 4787. Filiale Berlin, Rich.-Kadenz-Str. 15  
 Fernspr.: Norden 3701-97  
 Donnerstag, den 22. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-  
 haus, Eingangsstr. 19/16:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht des Ortsvorstandes und Neuwahl derselben.  
 2. Verhandlungsgegenstände.  
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

**KLEINE ANZEIGEN**

**Verkäufe**  
**Vornehme Herrenanzüge, Vor-1918**  
 und ältere aus haltbarsten Stoffen  
 45-75 Mark, ebenso Damen 35-55  
 25 Mark. Versandhaus Germania,  
 Unter den Linden 21.  
**Weganzüge!** Stanzhosen!  
 Knackanzüge! Doppelhosen!  
 Westen! Westmäntel! neue Herren-  
 anzüge! Herrenanzüge! Sam-  
 schen! Herren aller Art! Überbilligste  
 Preise! Selbsthaus! Wartenbergstr. 7.  
**Frühjahrsbekleidung.** Spezialisten,  
 (schwarze Anzügen, Imprägnierte  
 Selbstmäntel, Gummiwesten,  
 Mantelwesten, Giletwesten, direkt  
 aus Arbeiterkassen, Regen, Mäntel-  
 str. 15. I. Rein Laden. Sonntag  
 geöffnet. 768\*  
**Herrenanzüge, gut erhalten, zu**  
 verkaufen. Reußstr. 11, Stationier-  
 str. 44. Seitenstr. IV rechts.  
**Herren-Schmuckstücke, Schmuckstücke**  
 verkauft. Seemann, Dönhofsstr. 34.

**Junge Mädchen zur Aus-**  
 bildung in die Lehre für Lager-  
 und Expedition gegen folgende monatliche  
 Vergütung gesucht. A. Deeg,  
 Wilmersdorf, Landwehrstr. 89.  
**Vermählung im Alter von 14-16**  
 Jahren aus adliger Familie gegen  
 monatliche Vergütung sofort gesucht.  
 Wohnungen in Begleitung der Eltern  
 oder des Verlobten 10-2 Uhr son-  
 ntags oder 6-7 Uhr abends in der  
 Pension - Verwaltung IV. Stof  
 N. Sander u. Co., Wallefische-  
 str. 12. 15-2\*  
**Reisungsanwärterinnen verlangt**  
 „Vormärts“-Expedition. Söpeni-  
 kerstr. 31.  
**Reisungsanwärterin sofort**  
 verlangt. „Vormärts“-Expedition. Warten-  
 bergstr. 38.  
**Reisungsanwärterin sofort**  
 verlangt. „Vormärts“-Expedition. Warten-  
 bergstr. 38.  
**Reisungsanwärterin verlangt**  
 „Vormärts“-Expedition. Warten-  
 bergstr. 38.  
**Reisungsanwärterin** (innen)  
 für mehre Posten. Söpeni-  
 kerstr. 14/15.

**Möbel**  
**Stube- und Kücheneinrichtung**  
 sehr billig. Zeitabnahme gefällig.  
 Rüdigerstr. 160, Um-  
 gung. Anhalterstr. 258/12\*  
**Weiherstr. 1. Eckschmuck,**  
 Kuffelstr. 1. 1.50 breit. sehr  
 aparte elegante Ausführung, komplett  
 mit Umbau und Apotheken 1100,-.  
 Hochlegante dunkelbraune, braun-  
 schau, birch, eichen, lokale Aus-  
 wehl, billige Preise. Befähigung  
 sofort. Möbelhaus Oien, nur An-  
 derstr. 30. 1648\*  
**Bücherei** Wohnungs- und  
 Kücheneinrichtungen, Küchengerät  
 und viel Zubehör, nur Privatleuten  
 verlässlich. Wartenbergstr. 25, erste  
 Etage. (Rein Laden.) 241/12\*

**Zuschneider** für Galanterie-  
 waren aus  
 Kunstleder und Stoffen, zum Antritt  
 sofort oder später in dauernde Stel-  
 lung gesucht. 19/15\*  
**J. Kempner, Alexandrinenstr. 37a,**  
 Hof rechts 4 Tr.  
**Zuschneider** für bessere  
 Anfertigungen,  
 der auch Stoffe aufgeben kann,  
 zum Antritt sofort oder später in  
 dauernde Stellung gesucht.  
**J. Kempner,**  
 Alexandrinenstr. 37 a,  
 Hof rechts 4 Tr. 19/15\*

**Kaufgesuche**  
**Leinwand, Gattelwolle, weiß,**  
 hübsche Cellulose, Terpentinöl,  
 Bienenwachs, Zerkleinerer und  
 ähnliches, Kauf, höchste Preise zahlend,  
 Holter, Dammstr. 6. 878\*  
**Chemikalien!** Kupfer! Natrium!  
 Natrium! Jena! Kauf für Kriegs-  
 bedienung der Kriegsmaterialien; außer-  
 dem laute Fahrgedichte! Glas-  
 abfälle 7.50. Silberwolle, Chromat,  
 Söpenickerstr. 30a (gegenüber Warten-  
 bergstr.)

**Violoncellen**  
 hübsche, für dauernde Beschäftigung  
 gesucht. G. Reimold u. Co.,  
 2049b  
 Charlottenstr. 88.  
**Überlässiger Hornist**  
**Wächter**  
 per sofort gesucht. 17532  
 Kaufhaus Gebr. Bruck,  
 Söpeni- u. Söpenikerstr.  
**Fahrrad-Monteur**  
 stellen ein. 20/17  
 Neumann u. Wehlin,  
 Charlottenstr. 2.

**Unterricht**  
**Englischen Unterricht** für An-  
 fänger und Fortgeschrittenen, sowie  
 deutsche und französische Stunden er-  
 stellt G. Swienty, Charlottenburg,  
 Stuttgartplatz 9, Gartenhaus IV.

**Tüchtige Maurer**  
 für Lichtenberg und Garten-  
 feld bei Spandau bei gutem  
 Lohn für dauernde Arbeit gesucht.  
**Hugo A. Singer,**  
 Grünstraße.  
**Schöneberg, Gendarmenstr. 1.**  
 17532\* Telefon: 2100/1658.  
**Kistenmacher** sucht  
**Helrich Krause,**  
 20/15\*  
**Bauwächter**  
 mit scharfem Hund werden sofort ein-  
 gestellt. 3047b  
**Held & Francke**  
 Wilmersdorf.

**Arbeitsmarkt**  
**Stellenangebote**  
**Schlosser** aus Wilmersdorf ver-  
 langt. Ed. Busch, Tempelhof. 268\*  
**Ganztägiger** und Vork., möglichst  
 vertraut mit der Schirm- oder Stroh-  
 branche, sofort gesucht. Wohnungen  
 nur vorzüglich. Bord u. Keller,  
 Alexanderstr. 39/40. 230/15  
**Ganztägiger** und Vorkurschen  
 gesucht. Max Drehsch u. Nechtel,  
 Wartenbergstr. 81, Puh Engros.  
**Vergolter, Lackierer, Maler** ver-  
 langt. Wartenbergstr. 16/17.

**Arbeitskutscher, Dauerhaltung**  
**Bloch,** Großwalder Straße 208.  
**Möbelpacker** dauernde  
 Stellung bei  
 Levis Wwe. & Co., Rembrandt-  
 straße 63/64. 20/15  
**Tüchtige Schneiderin**  
 auch bereit im Winter per sofort  
 gesucht. 17566  
**Kaufhaus Gebr. Preuß**  
 Bruckel- u. Söpenikerstr.

**Redakteur-Gesuch.**  
 Zum möglichst baldigen Eintritt suchen wir einen  
**politischen Redakteur.**  
 Erstklassige Kräfte wollen sich sofort schriftlich melden beim  
 Verlag der „Volkstimme“ in Chemnitz.  
**Arbeiter und Umlauber**  
 für Kleinfabrik werden verlangt. 17549  
**Schweitzer & Oppler, Rittergutsstr. 108/109,**  
**Vorarbeiter**  
 für Güttenbetrieb gesucht. Erfahrung mit höchsten Bedingungen.  
**Metallhütte G. m. b. H.**  
 Lichtenberg, Herzbergstr. 80. 17622